

ENTWURF

MIT-GRUNDSATZPROGRAMM

BETEILIGUNGSPROZESS 2015 - 2017

**Vorgelegt von der Grundsatzprogrammkommission des MIT-Bundesvorstands
als Grundlage für den Beteiligungsprozesse in den MIT-Gliederungen**

Vorsitz: Dr. Thomas Köster und Dr. Carsten Linnemann MdB

Mitglieder: Henning Aretz, Bastian Atzger, Dr. Kurt Demmer, Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Hans-Joerg Hennecke, Manfred Hoefle, Helmut Klapheck, Wolfgang Leyendecker, Friedhelm Müller, Dr. Kurt von Pannwitz, Prof. Dr. Winfried Pinger, Marco Reuter, Eva Rindfleisch, Matthias Schäfer, Dr. Philipp Steinwärder, Martin Wilde

Verfahren:

- Eröffnung des Beteiligungsprozesses auf dem Bundesmittelstandtag 2015
- Offener Beteiligungsprozess bis Februar 2017
- Redaktionssitzungen der Grundsatzprogrammkommission bis April 2017
- Versand des Ergebnisses des Beteiligungsprozesses an alle Gliederungen Sommer 2017 mit einer Lang- und einer Kurzfassung
- Diskussion und Beschlussfassung auf dem Bundesmittelstandtag 2017

Beteiligung: Anregungen und Änderungsvorschläge an gsp@mit-bund.de
Anregungen und Ideen auf www.mit-bund.de
Veranstaltung in Ihrem Kreisverband mit Mitgliedern der Grundsatzprogrammkommission

(Berlin // September 215)

1 **Vorwort**

2
3 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU versteht sich seit ihrer Gründung im
4 Jahre 1956 als eigenständige politische Organisation und als die politische Stimme der
5 bürgerlichen Mitte in Deutschland.

6
7 Diese bürgerliche Mitte definiert sich für uns nicht über Gehalt, Vermögen oder Herkunft, sondern
8 über die Verantwortung, die jeder Einzelne für sich und für andere zu übernehmen bereit ist. Zur
9 bürgerlichen Mitte gehören für uns alle diejenigen,

- 10
- 11 • die nach ihren Kräften und Möglichkeiten alles tun, um ihr Leben selbst in die Hand zu
12 nehmen und Verantwortung für ihre Familien zu tragen;
 - 13 • die als verantwortungsbewusste Unternehmer oder Beschäftigte Wohlstand für alle
14 schaffen, indem sie sich für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und für die Sicherung
15 von Arbeitsplätzen einsetzen;
 - 16 • die sich als aktive Bürger aus innerer Überzeugung und Leidenschaft für das Gemeinwesen
17 engagieren und nicht einfach alles dem Staat überlassen.
- 18

19 Diese Menschen stehen für Werte ein, die unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung
20 zusammenhalten und stark machen. Sie tragen mit ihrer Leistungsbereitschaft und Kreativität, mit
21 ihrem Mut und Verantwortungswillen auf vielfältige Weise dazu bei, unser Land voranzubringen
22 und zu gestalten.

23
24 Diese bürgerliche Mitte befindet sich selbst im Wandel. Traditionelle Lebensformen und
25 Lebensentwürfe verlieren an Geltung. Neue gesellschaftliche Strukturen und neue Biographien
26 entstehen in einer Welt, die uns ungeahnte, wunderbare Möglichkeiten eröffnet, die uns aber auch
27 immer Anpassung und Neuausrichtung abverlangt.

28
29 Zur bürgerlichen Mitte gehört heute nicht nur der Inhaber eines alteingesessenen
30 Einzelhandelsgeschäfts, der sich gegen die Konkurrenz durch Online-Handel und große Ketten
31 behauptet. Zu ihr gehört heute nicht nur der Inhaber eines Handwerksbetriebs, der sich und seine
32 Mitarbeiter auf die technologische Revolution des Internet-Zeitalters einstellt. Zu ihr gehört heute
33 nicht nur der mittelständische Unternehmer, der mit hochspezialisierten Nischenprodukten auf
34 dem Weltmarkt wettbewerbsfähig bleibt. Zu ihr gehört nicht nur der hochkompetente Freiberufler,

35 der mit seiner Leistung zur Versorgung der Verbraucher und zum Funktionieren der Wirtschaft als
36 Berater beiträgt.

37
38 Zur bürgerlichen Mitte gehören heute auch wagemutige Internet-Gründer, die sich an Start-ups
39 versuchen. Zu ihr gehören heute auch jene neuen Selbständigen, die als „Freelancer“ Beratungen
40 und Dienstleistungen für große Unternehmen anbieten oder die als kreative Köpfe in der
41 Kulturwirtschaft die Kommunikationsformen und die Ästhetik unserer Zeit mitprägen. Zu ihr
42 gehören auch all diejenigen, die unternehmerische Selbständigkeit nicht als lebenslange
43 Grundsatzentscheidung erachten, sondern aus Lust auf die Freiheit für einen spannenden
44 Abschnitt ihres Lebens das Wagnis des Unternehmertums eingehen. Und genauso gehören zu
45 dieser bürgerlichen Mitte längst auch die vielen Zuwanderer, die als Fachkräfte oder als
46 mittelständische Unternehmer zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft gehören. Jede
47 Fachkraft und jeder Angestellte, der mit seiner Leistung jeden Tag aufs Neue unsere
48 Volkswirtschaft stärkt und zum Wohl der Gesellschaft beiträgt, ist Teil der bürgerlichen Mitte.

49
50 Kurzum: Zur bürgerlichen Mitte gehören all diejenigen, die die Herausforderungen einer freien und
51 offenen Gesellschaft als Chance begreifen und ergreifen. Zur bürgerlichen Mitte gehören nicht nur
52 Unternehmer, sondern alle, die Verantwortung für sich und für andere übernehmen. Zur
53 bürgerlichen Mitte gehören jene, die auch in Zeiten des Umbruchs die Zuversicht haben, dass
54 Leistung sich lohnt und Wohlstand für alle möglich ist. Gemeint ist die bürgerliche Mitte, die die
55 Soziale Marktwirtschaft mit Leben erfüllt.

56
57 Mit diesem Grundsatzprogramm möchte die MIT all denjenigen, die sich zur bürgerlichen Mitte
58 zugehörig fühlen, ein neues politisches Angebot unterbreiten. Dieses neue Grundsatzprogramm ist
59 eine Einladung an alle, die mit uns davon überzeugt sind, dass Deutschland eine starke Mitte
60 braucht. Wir wollen mit diesem neuen Programm die Kräfte dieser bürgerlichen Mitte
61 zusammenführen und ihr in den politischen Debatten unserer Zeit Gehör verschaffen.

62
63 Unser Programm zeigt in einem ersten Schritt auf, welches Wertesystem unserem politischen
64 Handeln zu Grunde liegt, und beantwortet die Frage, welche Überzeugungen die Koordinaten
65 unseres politischen Handelns darstellen.

66
67 Das zweite Kapitel stellt dar, welches Ordnungsprinzip wir aus diesen Werten für die Gestaltung
68 der deutschen und europäischen Politik ableiten. Diese Idee ist die Soziale Marktwirtschaft.

70 In einem dritten Schritt wollen wir diesen Kompass auf die aktuellen politischen Fragen unserer
71 Zeit anwenden und erklären, was unsere Grundsätze in der praktischen Anwendung bedeuten und
72 für die bürgerliche Mitte leisten können.

73

74 Im letzten Kapitel steht die Zukunft unseres Landes und unseres Kontinents im Vordergrund. Hier
75 wollen wir einen Blick in die Zukunft der deutschen und europäischen Gesellschaft wagen.

76

77 Mit diesem Grundsatzprogramm heißen wir alle willkommen, die mit uns der Überzeugung sind,
78 dass eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nur dann erfolgreich, gerecht und solidarisch sein
79 kann, wenn sie in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung wurzelt.

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

93

94

95

96

97

98

99

100

101

102

103 **Kapitel 1**

104

105 **Unsere Werte: Würde, Freiheit und Verantwortung des** 106 **Menschen**

107

108

109 **Christliches Bild vom Menschen und der Gesellschaft**

110 Unsere Überzeugungen basieren auf dem christlichen Menschenbild, wonach jeder Mensch als
111 Gottes Ebenbild eine eigene Würde hat. Diese Würde ist absolut und allgegenwärtig und kann
112 durch eigenes Tun oder Unterlassen weder verdient noch verspielt werden. Die Würde des
113 Menschen ist unantastbar.

114

115 Die christliche Gesellschaftslehre ist die gemeinsame Wurzel unserer liberalen, unserer
116 konservativen und unserer solidarischen Ordnungsvorstellungen für Politik, Wirtschaft und
117 Gesellschaft.

118

119 Aus christlicher Überzeugung sind für uns Politik und Wirtschaft notwendige, aber in ihrem
120 Anspruch begrenzte und von übergeordneten Werten abhängige Bereiche des Lebens. Sie beide
121 sind kein Selbstzweck, sondern sollen die Voraussetzungen für eine menschenwürdige Ordnung
122 unseres Zusammenlebens schaffen.

123

124 Aus dieser Sicht erwarten wir von der Politik keine innerweltliche Erlösung und keine perfekte
125 irdische Welt. Wir gestehen der Politik keinen allumfassenden Machtanspruch über den Menschen
126 von der Wiege bis zur Bahre zu. Die Politik muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt.

127

128 Wir lehnen jeden Materialismus ab, gleichviel ob er wirtschaftsliberal oder sozialistisch begründet
129 wird. Wir wollen weder den ungeordneten Markt noch eine umfassende staatlich organisierte
130 Umverteilung. Wohlstand ist für die allermeisten Menschen nur eine notwendige Voraussetzung
131 eines glücklichen Lebens. Es gibt jenseits der Ökonomie Dinge, die für unser Glück mindestens so
132 wichtig sind.

133

134 Der Mensch begeht Fehler. Er ist aber in der Lage, Fehler zu korrigieren, und er ist fähig, das
135 Richtige und Gute vom Falschen und Bösen zu unterscheiden.

136 Jeder Mensch ist mit seinen Empfindungen, Neigungen, Wünschen, Bedürfnissen und Begabungen
137 einzigartig. Wir wollen die Menschen nicht nach einem Ideal oder einem Mittelwert gleich machen.
138 Wir wollen, dass jeder Mensch seine einzigartige Persönlichkeit entfalten und auf eigenen Wegen
139 nach seinem Glück streben kann.

140

141 **Freiheit bedeutet Selbstbestimmung**

142 Aus der Würde der Person folgt das Recht auf Selbstbestimmung. Der Mensch ist befähigt und
143 berechtigt, sein Leben selbstbestimmt zu führen und sich zu entfalten.

144

145 Daher verstehen wir unter Freiheit die Abwesenheit von äußerem Zwang. Sie darf nur
146 eingeschränkt werden, wenn es darum gehen muss, die Freiheit, das Leben oder das Eigentum des
147 einen vor dem Freiheitsanspruch eines anderen zu schützen. Die Sicherung der Freiheit jedes
148 einzelnen durch das Recht ist die Kernaufgabe des Staates.

149

150 Oft wird mit dem Begriff „Freiheit“ auch anderes gemeint: Manche fordern statt oder neben einer
151 „negativ“ definierten Freiheit als Abwesenheit von Zwang auch die Verwirklichung einer
152 „positiven“ Freiheit und meinen damit in Wahrheit staatliches Tun oder eine inhaltlich bestimmte
153 Selbstverwirklichung, bei der der Staat dem einzelnen durch wohlwollenden Zwang oder durch
154 Anreize auf die Sprünge helfen soll. Manche verstehen unter Freiheit die Abwesenheit von
155 jeglicher Bindung an Familie, Traditionen und Regeln, wieder andere die Abwesenheit von Mangel
156 und Armut, wieder andere die Abwesenheit von Leidenschaften, die der wahren Vernunft
157 hinderlich sind. Manche bezeichnen als Subjekt der Freiheit nicht den Einzelnen, sondern ein Volk,
158 eine Klasse oder eine Rasse.

159

160 All solche Freiheitsverständnisse lehnen wir ab, weil sie alle darauf hinauslaufen, staatlichen
161 Zwang auf Kosten der eigentlichen Freiheit zu rechtfertigen. Der Staat hat in unserem Verständnis
162 nicht die Aufgabe, den einzelnen zu seinem Glück zu zwingen oder ihn zu einem besseren
163 Menschen zu erziehen. Und er würde sich auch heillos überfordern und den einzelnen Menschen
164 überwältigen, wenn er durch materielle Umverteilung einen Zustand zu erreichen versuchte, in
165 dem alle bequem auf Kosten aller leben können. Und erst recht darf der Staat nicht die Freiheit der
166 einen Gruppe gegenüber der Freiheit einer anderen Gruppe bevorzugen. Alles, was der Staat tut,
167 muss sich daran messen lassen, ob es die Selbstbestimmung des Menschen stärkt oder schwächt.

168

169 Es gibt auch manche, die wirtschaftliche Freiheit, also das Recht jedes einzelnen, als Unternehmer,
170 als Arbeitnehmer, als Kunde oder als Verbraucher in Selbstbestimmung wirtschaftliche

171 Entscheidungen zu treffen, für einen nur minderwertigen und entbehrlichen Aspekt von Freiheit
172 halten. Für uns dagegen sind die wirtschaftlichen Entscheidungen des Einzelnen unverzichtbarer
173 und untrennbarer Teil seiner allgemeinen Handlungsfreiheit. Ohne die Freiheit zu
174 selbstbestimmten wirtschaftlichen Entscheidungen kann es keine „rechtliche“, „politische“ oder
175 wie auch immer bezeichnete Freiheit geben.

176

177 **Verantwortung – die Antwort auf Freiheit**

178 Aber Freiheit kann als Recht nie alleine stehen: Der Mensch ist auch dazu befähigt und berufen,
179 Verantwortung für sich selbst und für die Folgen seines Handelns zu übernehmen.

180

181 Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten derselben Medaille und sind aufeinander angewiesen:
182 Freiheit braucht Verantwortung, Verantwortung setzt Freiheit voraus. Freiheit und Verantwortung
183 bedürfen keiner weiteren Rechtfertigung. Diese ergeben sich für uns unmittelbar aus der Natur
184 und der Würde des Menschen.

185

186 Verantwortung ist zunächst ein Gebot der individuellen Ethik. Jeder einzelne ist aufgerufen, über
187 die Folgen seines Handelns und Unterlassens im Vorhinein nachzudenken. Gleichviel ob jemand
188 aus Eigennutz oder aus hehrer Gesinnung handelt oder nicht handelt: Er muss sich über die Folgen
189 im Klaren sein und Verantwortung dafür übernehmen. Die Qualität jeder politischen oder
190 wirtschaftlichen Ordnung hängt davon ab, mit welcher Einstellung die Menschen miteinander und
191 mit ihren Institutionen umgehen.

192

193 Gerechtigkeitssinn, Ehrlichkeit, Fairness, Selbstdisziplin, Leistungsbereitschaft,
194 Eigenverantwortlichkeit, Maßhalten, Umsicht, Demut, Gemein Sinn und Achtung vor der Würde des
195 anderen sind solche Prinzipien „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke) und sind
196 die Voraussetzung für funktionsfähige Märkte. Aus ihnen leiten sich Leitbilder wie die des
197 „ehrbaren Kaufmanns“, des „achtbaren Handwerks“ und des „vertrauenswürdigen Bankiers“ sowie
198 Begriffe wie „Anstand“ und „moralische Glaubwürdigkeit“ ab. Wir wollen diese Prinzipien wieder in
199 das Bewusstsein der Menschen rufen.

200

201 Wo der Appell an die individuelle Tugend nicht ausreicht, bedarf es allgemeiner Verhaltensregeln,
202 die den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung erzwingen. Verantwortung herzustellen
203 ist deshalb auch eine Aufgabe des Staates zur Sicherung einer freiheitlichen Ordnung. Ein
204 unverzichtbares Grundprinzip der Wirtschaftsordnung besteht deshalb darin, dass das
205 Haftungsprinzip wirksam wird: Wer für den Schaden eines anderen verantwortlich ist, muss dafür

206 gerade stehen. Persönliche Verantwortung darf nicht durch Reglementierung ersetzt werden. Es ist
207 eine fundamentale Fehlentwicklung, wenn die Verantwortung des Einzelnen durch eine immer
208 stärker um sich greifende Verrechtlichung von immer mehr Lebensbereichen erstickt wird.

209
210 Denn nur wenn der einzelne die Folgen seines Handelns oder Unterlassens spürt, lernt er, seine
211 eigenen Bedürfnisse zielgerichtet und aufeinander abgestimmt zu verfolgen, auf die Bedürfnisse
212 anderer Rücksicht zu nehmen und darauf zu achten, dass er durch seine Handlungen anderen nicht
213 schadet. Nur wenn der Mensch frei ist und Verantwortung für sein Handeln übernimmt, können
214 die Menschen trotz der Unvollkommenheit ihres Wissens und ihrer Moral zum gegenseitigen Wohl
215 miteinander kooperieren. Wir sind Befürworter der Marktwirtschaft, weil sie besser als jede andere
216 Wirtschaftsordnung mit dem Umstand zurechtkommt, dass die Menschen unvollkommen sind. Alle
217 Spielarten des Sozialismus sind daran gescheitert, dass sie perfekte Menschen voraussetzten oder
218 gewaltsam neu erschaffen wollten.

219

220 **Gerechtigkeit – Gleichheit vor dem Gesetz**

221 Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass das Recht, das der Staat setzt, allgemein gültig ist und dass
222 alle Menschen vor dem Recht gleich sind. Diese Gleichheit der Menschen vor dem allgemein
223 geltenden Recht ist ein unverzichtbarer Grundsatz. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen
224 können, dass der Staat ihn gegenüber anderen nicht diskriminiert und ihm gegenüber niemanden
225 privilegiert.

226

227 Diese Gleichberechtigung der Menschen vor dem Gesetz ist mit der Vorstellung unvereinbar, dass
228 der Staat die Gleichheit der Menschen durch Gesetz herbeiführen soll. Der Staat hat nicht die
229 Aufgabe, die Menschen gleich zu machen, ihnen eine gemeinsame Moral und identische
230 Bedürfnisse aufzuzwingen oder dafür zu sorgen, dass alle Menschen die gleiche Ausstattung mit
231 materiellen Gütern haben. Solche Forderungen entspringen dem Neid oder der Bevormundung, die
232 mit einer freien und gerechten Gesellschaft unvereinbar sind.

233

234 Eine freie und gerechte Gesellschaft anerkennt, dass die Menschen verschieden sind und dass sie
235 auf eigenen Wegen zu ihrem Glück streben wollen. Eine freie und gerechte Gesellschaft muss
236 jedem Menschen die Gewähr dafür bieten, dass sich Leistung lohnt und Aufstieg durch
237 Anstrengung möglich ist. Gerechtigkeit bedeutet für uns Chancengerechtigkeit.

238

239 Jeder Mensch muss seinen Fähigkeiten gemäß die gleichen Chancen für eine eigenverantwortliche
240 Lebensgestaltung haben. Ihre Verwirklichung erfordert vor allem ein Schul- und

241 Ausbildungssystem, das allen Menschen eine ihrer Würde und ihren Fähigkeiten gerechte Bildung
242 und Qualifikation vermittelt.

243

244 Gerechtigkeit bedeutet aber nicht, dass die Einkommen oder das Vermögen der Menschen
245 nivelliert und umverteilt werden.

246 Insbesondere wäre es mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit nicht vereinbar, wenn der Staat
247 Umverteilung zu Lasten Dritter ohne Rücksichtnahme auf die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft
248 oder die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen organisieren würde. Es kann nicht gerecht sein, wenn in
249 vielen modernen Demokratien Leistungen des Staates für bestimmte Gruppen durch immer weiter
250 wachsende Staatsverschuldung oder durch immer größere Deckungslücken der
251 Sozialversicherungen finanziert werden, man also die Lasten auf künftige Generationen abwälzt.

252 Nachhaltigkeit ist ein unverzichtbarer Grundsatz einer verantwortungsvollen und gerechten
253 Sozialpolitik. Sozialpolitik darf nicht der trügerischen Ethik eines Kettenbriefs folgen.

254 Der Staat ist nicht dazu berufen, darüber zu entscheiden, welche Unternehmergewinne und welche
255 Arbeitnehmerlöhne gerecht sind. Niemand kennt die Höhe eines gerechten Gewinns oder
256 Einkommens. Es sind letztlich die Kunden und Verbraucher, die darüber entscheiden, wie hoch die
257 Gewinne und die Löhne sein können. Die Gerechtigkeit des Einkommens für Unternehmer und
258 Beschäftigte hängt davon ab, welchen Wert die Arbeit für andere hat. Und es ist die ureigene
259 Sache der Tarifpartner, in gemeinsamer Verantwortung auszuhandeln, welchen Anteil die
260 Beschäftigten vom Gewinn eines Unternehmens erhalten. Es ist die gemeinsame Verantwortung
261 der Tarifpartner, die angemessene Entlohnung für die Beschäftigten, die Wettbewerbsfähigkeit der
262 Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Auge zu behalten und keine
263 Vereinbarungen zum Schaden Dritter zu treffen. Die Tarifpartnerschaft in Deutschland hat sich im
264 Vergleich gerade auch zu anderen europäischen Ländern gut bewährt.

265

266 **Subsidiarität - Stärkung der Verantwortung des Einzelnen**

267 Freiheit und Verantwortung setzen voraus, dass jeder sein Leben selbst in die Hand nehmen und
268 gestalten darf. Dabei ist der Mensch verankert in seinen unmittelbaren Bindungen in der Familie,
269 in freiwilligen Verbänden und in seinem privaten und beruflichen Umfeld.

270

271 Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch das Recht hat, ihn betreffende Entscheidungen selbst
272 zu treffen. Wir sind auch davon überzeugt, dass der Zusammenhang von Freiheit und
273 Verantwortung am besten gewährleistet werden kann, wenn der einzelne die Folgen seines
274 Handelns überschauen kann. In den natürlichen Lebenszusammenhängen von Heimat, Familie und
275 Freundschaft ist dies am besten zu verwirklichen.

276

277 Wir empfinden es als ein großes Geschenk, wenn eine Gesellschaft aus vielen kleinen,
278 eigenständigen Einheiten besteht, in denen die ganze Vielfalt und Kreativität der Menschen ihren
279 eigenen Platz finden kann. Wir empfinden es als ein Geschenk, wenn eine Gesellschaft viele
280 Traditionen, kulturelle Eigenheiten oder Institutionen hervorbringt, die aus besonderen lokalen
281 Umständen heraus allmählich gewachsen und geworden sind. Wir wollen, dass die Gesellschaft aus
282 mehr besteht als nur aus dem, was nach einem zentralen Plan, einer zentralen Moral oder einer
283 zentralen Vernunft konstruiert worden ist. Das Nebeneinander von kleinen, eigenständigen
284 Einheiten führt zu unendlich vielen Formen der Spezialisierung, der Kooperation und des
285 Wettbewerbs, die niemals zentral geplant werden könnten und die in ihrer Spontaneität und
286 Einzigartigkeit den ganzen kulturellen Reichtum einer Gesellschaft ausmachen. Eine Gesellschaft
287 mit vielen dezentralen Einheiten ist lernfähiger, innovativer, unternehmerischer und vielfältiger als
288 eine zentral gelenkte und geplante Gesellschaft. Fehler kommen auch in ihr vor, aber deren
289 Auswirkungen sind viel begrenzter und viel leichter zu korrigieren als in einer Gesellschaft, die
290 stets zu großen Einheitslösungen neigt und deshalb auch große, schwer zu korrigierende Fehler
291 hervorbringt.

292

293 Wir bekennen uns deshalb zum Grundsatz der Subsidiarität: Der Einzelne soll ihn betreffende
294 Entscheidungen in seinem eigenen Lebensumfeld in Freiheit und Verantwortung selber treffen
295 dürfen. Der Staat darf ihm solche Entscheidungen nur dann abnehmen, wenn der Einzelne dazu
296 nicht in der Lage ist. Entscheidungskompetenzen dürfen dem Einzelnen nur dann genommen und
297 vom Staat an sich gezogen werden, wenn dies unabweisbar ist.

298

299 Unsere Sympathie gilt daher den Familien, deren vielfältige Aufgabe der Staat weder an sich
300 ziehen kann noch an sich ziehen sollte. Wir machen uns daher auch stark für eine Gesellschaft, die
301 nicht als erstes nach dem Staat ruft, sondern in der die Bürger in privaten Vereinen, Verbänden
302 und Stiftungen selbst und unmittelbar Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und ihr
303 Zusammenleben gestalten.

304

305 Wir sprechen uns daher für eine starke kommunale Selbstverwaltung aus, die nicht nur staatliche
306 Aufgaben auszuführen hat, sondern auch möglichst viele örtliche Angelegenheiten aus eigener
307 Zuständigkeit erledigt und die dafür auch ein möglichst großes Maß an finanzieller
308 Eigenverantwortung haben sollte.

309

310 Auch in anderen Lebensbereichen, insbesondere in den Universitäten oder in der Wirtschaft,
311 befürworten wir den Grundsatz der Selbstverwaltung. Es ist ein Ausdruck des
312 Subsidiaritätsprinzips, wenn Gruppen ihre eigenen Angelegenheiten selbst regeln dürfen und
313 wenn der Staat sich dabei auf die Rechtsaufsicht beschränkt. Die Selbstverwaltungskörperschaften
314 brauchen dazu finanzielle Eigenverantwortung und sie müssen die demokratische Legitimation
315 ihrer Entscheidungen glaubwürdig und transparent darlegen können.

316

317 Aus dem Subsidiaritätsprinzip leiten wir auch eine föderale Ordnung ab. Wir treten für eine
318 föderale Ordnung ein, die sich nicht als politisches Kartell und als Hort der kollektiven
319 Verantwortungslosigkeit betätigt, sondern die echten politischen Wettbewerb zwischen
320 politischen Einheiten mit klar abgrenzten Zuständigkeiten ermöglicht. Eine solche föderale
321 Ordnung muss insbesondere wirksame Schranken gegen eine schleichende Zentralisierung von
322 Aufgaben haben. Das gilt nicht nur für das Verhältnis von Bundesländern und Bundesstaat,
323 sondern auch für das Verhältnis zwischen Nationalstaat und Europäischer Union. Wir sind
324 Anhänger einer europäischen Integration, die den Grundsatz der Subsidiarität ernst nimmt und
325 sich darauf konzentriert, den fairen politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb innerhalb
326 Europas zu ermöglichen. Die Europäische Union würde sich selbst überfordern, wenn sie immer
327 mehr Aufgaben an sich zieht, die bei den Mitgliedstaaten oder auf der regionalen und lokalen
328 Ebene besser aufgehoben sind.

329

330 Wir sind selbstkritisch genug, um zu sehen, dass die Entwicklung des deutschen Föderalismus und
331 der europäischen Integration in den letzten Jahrzehnten einen Weg genommen hat, der mit dem
332 Subsidiaritätsprinzip nur schwer zu vereinbaren ist. Wir setzen uns deshalb nachdrücklich dafür
333 ein, dass wir in Deutschland und Europa institutionelle Reformen auf den Weg bringen, die die
334 unteren Ebenen wieder stärken und die Verantwortlichkeiten zwischen allen Ebenen wieder
335 trennschärfer voneinander abgrenzen.

336

337 **Verantwortung und Gerechtigkeit gebieten Solidarität**

338 Aus der Würde der Person leiten wir ab, dass jeder einzelne die Verantwortung hat, für sich selbst,
339 für seine Familie und die, die ihm nahe stehen, zu sorgen. Das schließt insbesondere ein, dass der
340 Einzelne aufgerufen ist, selbst durch Sparen und Vermögensbildung für die Risiken des Lebens
341 vorzusorgen.

342

343 Erst wenn der Einzelne und die kleinen Lebenskreise, in denen er sich bewegt, überfordert sind, ist
344 die Hilfe durch nächstgrößere Einheiten gefragt. Der Staat hat am Ende die Aufgabe, das

345 Existenzminimum zu sichern. Diese Hilfe muss aber als Hilfe in der Not und als Hilfe zur Selbsthilfe
346 gestaltet sein. Ihr Ziel muss es sei, den Einzelnen und die kleineren Lebenskreise dazu zu
347 befähigen, ein selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben zu führen. Sie darf nicht in eine
348 dauerhafte Abhängigkeit und Bevormundung führen.

349

350 Diese Solidarität sollte der Staat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips mit möglichst wenig Zwang
351 erreichen: Er sollte deshalb freiwilliger Solidarität von Gruppen, wie sie im
352 Genossenschaftsgedanken zum Ausdruck kommt, den Vorrang einräumen vor der Einführung einer
353 Versicherungspflicht. Und eine Versicherungspflicht mit Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten ist
354 einer staatlichen Einheitsversicherung ohne Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten
355 vorzuziehen. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und andere Organisationsformen
356 freiwilliger Solidarität sind Lösungsmuster, die verstärkt Aufmerksamkeit verdienen.

357

358 **Stärkung des Gemeinsinns erforderlich**

359 Es war eine der großen Botschaften Ludwig Erhards, dass die Soziale Marktwirtschaft mehr ist als
360 eine Ansammlung von Regeln und dass das Allgemeinwohl mehr ist als die Summe aller
361 Einzelinteressen. Die Soziale Marktwirtschaft muss von dem Bewusstsein getragen werden, dass in
362 einer modernen Gesellschaft mit ihren vielfältigen Verflechtungen und Vernetzungen eine
363 Abhängigkeit aller von allen besteht. Als Ordnung der Freiheit und Verantwortung wäre sie
364 gefährdet, wenn jeder nur egoistisch auf den eigenen Vorteil blicken und vom Staat
365 Vergünstigungen zulasten der Anderen fordern würde. Der Pluralismus der Interessen, der für
366 Demokratie und Marktwirtschaft grundlegend ist, darf sich nicht den Staat zur Beute machen.
367 Die Soziale Marktwirtschaft ist darauf angewiesen und will erreichen, dass die Menschen ein
368 Gespür für ihre moralischen Voraussetzungen haben und mit ihr verantwortungsvoll, maßvoll und
369 respektvoll umgehen.

370

371 Dazu gehört auch, dass die Menschen in unserem Lande eine politische Identität entwickeln, die
372 Sinn für gemeinsame Aufgaben und Leitbilder vermittelt. Es ist gut, dass im Wettbewerb der
373 Marktwirtschaft und der Demokratie jeder seinen eigenen Interessen folgen und sein eigenes
374 Glück finden kann. Aber damit eine offene Gesellschaft, die Freiheit und Wohlstand für alle schafft,
375 gedeihen kann, brauchen wir einen Konsens darüber, was diese Wirtschafts- und
376 Gesellschaftsordnung zusammenhält und was sie wirtschaftlich erfolgreich macht. Die
377 Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft hängt insbesondere davon ab, dass wir mehr
378 Akzeptanz für Unternehmertum, Spitzenleistungen, für Eliteförderung, für den Ehrgeiz nach
379 Weltmarktführerschaft in neuen Geschäftsfeldern wie der digitalen Ökonomie, für das Streben

380 nach hochinnovativer Forschung, für die Anwendung zukunftssträchtiger Technologien oder für die
381 Verwirklichung tragfähiger und überzeugender Großprojekte entwickeln. Die Soziale
382 Marktwirtschaft ist auf einen solchen Gemeinsinn angewiesen und kann nur in einem geistigen
383 Klima gedeihen, das Leistung honoriert und für Neues aufgeschlossen ist. Wir dürfen uns nicht
384 damit zufrieden geben, wenn die politische Stimmung nur von Bedenkenträgern und Liebhabern
385 des Status quo beherrscht wird, die Stillstand predigen, missgünstig auf die Leistungen und
386 Anstrengungen ihrer Mitmenschen blicken und ihre Einzelinteressen über das Gemeinwohl stellen.
387 Die Soziale Marktwirtschaft bietet jedem Einzelnen die besten Chancen, seine eigenen Werte und
388 Interessen zu verfolgen, aber sie ist darauf angewiesen, dass die Menschen gemeinsam für diese
389 Ordnung einstehen und verstehen, worin das Erfolgsgeheimnis einer offenen Gesellschaft beruht.
390
391 Wir brauchen einen Grundkonsens für eine freiheitliche und demokratische Ordnung, der den
392 Menschen Gemeinsinn vermittelt und sie dazu bringt, mit Institutionen pfleglich umzugehen und
393 sich ihrer individuellen Verantwortung für Freiheit und Demokratie bewusst zu sein.

394

395

396

397

398

399

400

401

402

403

404

405

406

407

408

409

410

411

412

413 **Kapitel 2**

414

415 **Unser Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft**

416

417 Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft *basieren auf den in Kapitel 1 beschriebenen Werten und*
418 *Prinzipien*. Sie sind gleichsam „geronnene“ Erfahrungen aus schlimmen Katastrophen, die sich
419 politisch und wirtschaftlich seit dem Ersten Weltkrieg in Deutschland abgespielt haben: Totale
420 Inflation mit Vernichtung des Mittelstandes, großbetriebliche Machtzusammenballung durch
421 Kartellbildung in der Weimarer Zeit, brauner und roter Totalitarismus sowie Kommandowirtschaft
422 – all diese auf deutschem Boden gemachten Erfahrungen haben die Gründerväter verarbeitet, als
423 sie die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft entwickelten. Ihnen ging es darum, den Schutt des
424 Krieges wegzuräumen und auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes neu anzufangen,
425 indem durch Einsatzbereitschaft, Leistung und Gemeinsinn das Fundament für Wohlstand und ein
426 gerechtes Gemeinwesen geschaffen wird.

427

428 Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland
429 seit 1948. Jetzt geht es darum, dieses Erfolgsmodell für die Herausforderungen der Gegenwart und
430 der absehbaren Zukunft zu rüsten. Das ist nicht nur wichtig für Deutschland, sondern auch für die
431 Europäische Union und darüber hinaus. Wir leben in einer Situation, in der eine
432 orientierungstiftende Ordnungsidee für ein europäisches oder westliches Wirtschafts- und
433 Sozialmodell schmerzlich vermisst wird. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein ernsthafter Kandidat
434 für dieses Wirtschafts- und Sozialmodell, wenn sie Antworten auf die gewaltigen
435 Herausforderungen des Jetzt bietet. Diese Antworten zu finden, die Soziale Marktwirtschaft dafür
436 weiterzuentwickeln und ihr damit neue übernationale Anziehungskraft zu verschaffen - hierfür hat
437 Deutschland als größtes Land der EU eine besondere Verantwortung. Damit Deutschland diese
438 Verantwortung wahrnimmt, ist die Union als stärkste Partei und als Partei der bürgerlichen Mitte
439 besonders gefordert. Die Union aber wird diese Aufgabe – gerade in Zeiten koalitionärer
440 Einbindung - nicht ausfüllen ohne den Beitrag der MIT als wichtigster programmatischer
441 Sprungfeder der Union. Deshalb versucht dieses Grundsatzprogramm der MIT, auf die drängenden
442 Fragen von Heute mutige Antworten für die Gestaltung der Zukunft zu geben.

443

444 **Markt als wirtschaftliches Organisationsprinzip**

445 Der Markt ermöglicht, dass sich der Mensch frei entfalten kann. Sein Leitbild ist der freie
446 Leistungswettbewerb, gesichert durch die Monopolkontrolle unabhängiger Kartellämter. So

447 schafft der Markt Wohlstand und ermöglicht günstige Lebensbedingungen und Vielfalt für
448 jedermann. Kein anderes Wirtschaftssystem ist dem Markt darin überlegen. Der Markt ermöglicht
449 Teilhabe und schafft die ökonomische Grundlage für Solidarität. Der Markt, das sind wir alle:
450 Industrie, Handwerk, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Freie Berufe, Unternehmer,
451 Arbeitnehmer und Konsumenten.

452

453 Der Markt muss allen offen stehen und allen dienen. Auch wenn die Kraft des Marktes, Wohlstand
454 zu schaffen, unvergleichlich ist, so kann er nicht als moralische Instanz wirken. Der Markt kann
455 dem Menschen zum Guten wie zum Bösen dienen. Deshalb braucht der Markt klare Regeln und
456 eine funktionierende Wettbewerbsaufsicht. So wird der Wettbewerb abgesichert und
457 funktionsfähig erhalten. Regeln sind wichtig. Aber Regeln allein können die Ethik des
458 Wirtschaftens nicht gewährleisten. Jeder trägt mit seinem Handeln Verantwortung dafür, dass die
459 Regeln und die anderen Marktteilnehmer respektiert werden.

460

461 **Unternehmer und Markt**

462 Jeder ist der Unternehmer seines Lebens. Dem freien Unternehmertum kommt für das
463 wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben besondere Bedeutung zu. Die Ideen von
464 Unternehmern, die sich im Wettbewerb um die Gunst der Verbraucher messen, ermöglichen neue
465 Produkte, bessere Güter oder innovative Dienstleistungen. Darin liegt die Quelle zunehmender
466 Produktivität, soliden Wachstums, höheren Wohlstands und eines besseren Lebens.

467

468 Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft ist dem mittelständischen Unternehmer besonders
469 verpflichtet, er stellt das Rückgrat der Marktwirtschaft dar, sein Tätigwerden gibt der freien
470 Gesellschaft eine Mitte. Mittelständische Unternehmer verkörpern die zentrale Wertvorstellung
471 nachhaltigen Wirtschaftens: Bereitschaft zur Haftung mit eigenem Vermögen, Übernahme von
472 Verantwortung, langfristige und maßvolle unternehmerische Entscheidung, Verpflichtung
473 gegenüber den eigenen Mitarbeitern und gegenüber der örtlichen Gemeinschaft.

474

475 **Staat und Markt – eine zwingend notwendige Unterscheidung**

476 Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft haben für die Abgrenzung von Staat und Markt
477 folgende Grundregel aufgestellt:

478 "Die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates sollte auf die Gestaltung der
479 Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des
480 Wirtschaftsprozesses." ¹ (Walter Eucken)

¹ Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik (1. Aufl. 1952), 6. Auflage Tübingen 1990, S. 336

481 Der freie Markt braucht einen Ordnungsrahmen, auch zur Begrenzung privater Macht. Ihn setzt
482 der Staat. Das prinzipiengeleitete Handeln des Staates und die marktwirtschaftliche Freiheit
483 bedingen einander. Wo es keine Ordnung gibt, da herrscht Konfusion, nicht Freiheit. Der starke
484 Staat ist ein Schiedsrichter, der in voller Unparteilichkeit die Einhaltung des Leistungswettbewerbs
485 überwacht und Regelverstöße ahndet. Nach der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft ist der
486 Staat schlank, weil nicht umfassend zuständig, aber er ist gleichzeitig stark, wenn sich sein Einfluss
487 konsequent auf einer disziplinierten und nachhaltigen Ordnungspolitik gründet.

488

489 Für diese Ordnung sind nach Walter Eucken folgende Prinzipien konstituierend:

- 490 - Sicherung des freien Leistungswettbewerbs zur Verhinderung von Machtwettbewerb und
491 Behinderungskonkurrenz.
- 492 - Schutz der Stabilität der Währung, weil jede Inflation die Leistungsträger bestraft und die
493 Knappheitssignale des Preissystems verzerrt .
- 494 - Wahrung der Vertragsfreiheit, solange diese Freiheit nicht benutzt wird, um wirtschaftliche
495 Freiheit zu beseitigen.
- 496 - Stärkung der Haftung der Entscheidungsträger als Voraussetzung für eine
497 Wirtschaftsordnung des Wettbewerbs wie überhaupt für eine Gesellschaftsordnung, in der
498 Freiheit und Selbstverantwortung herrschen.
- 499 - Schutz des Privateigentums im Rahmen der von Artikel 14 des Grundgesetzes aufgezeigten
500 Grenzen.
- 501 - Konstanz der Wirtschaftspolitik, da nur so Planungs- und Investitionssicherheit für die
502 Unternehmen gewährleistet werden können.
- 503 - Konsequente Beachtung der Interdependenz dieser Prinzipien.²

504

505 Von der Einhaltung einer marktwirtschaftlicher Ordnung und der aufgezeigten Prinzipien
506 profitieren alle. Ein Markt, der allen offen steht, ermöglicht sozialen Aufstieg und die Chance, sich
507 nach eigenen Kräften einzubringen. Der freie Leistungswettbewerb eröffnet die Chance, dass jeder
508 immer wieder neu anfangen kann. Eine stabile Währung und stabile Preise sichern den Wert des
509 Geldes, eine maßvolle Geld- und Kreditpolitik bewahrt vor Spekulationsblasen, gesunde
510 Staatsfinanzen eröffnen eine maßvolle Besteuerung der Einkommen. Eingebettet in eine solche
511 Rahmenordnung schaffen Markt und die auf ihm tätigen Akteure die Grundlage für Wohlstand und
512 soziale Sicherheit.

513

514

² Walter Eucken, a.a.O., S. 254 – S. 291

515 **Soziales und Markt – eine sinnvolle Ergänzung**

516 Die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung hat Deutschland in vielen Jahrzehnten Freiheit
517 ermöglicht und breiten Wohlstand gebracht. Sie hat die Grundlage für ein System sozialer
518 Sicherung auf weltweit höchstem Niveau gelegt. Auch dies hat zu einem hohen Maß an sozialem
519 Frieden beigetragen, das gesellschaftlich, politisch und ökonomisch ein hohes Gut darstellt.

520

521 Soziale Marktwirtschaft bedarf gelebter Freiheit und Leistungsgerechtigkeit: Sie setzt auf
522 selbstbewusste Bürger, die ihr Leben in die eigene Hand nehmen, die gesellschaftlichen und
523 politischen Verhältnisse selbst mitgestalten wollen, aber ein Dasein als ruhiggestellte Untertanen
524 ablehnen, die sich bequem in der Abhängigkeit vom Staat einrichten.

525

526 Sie setzt auf einen handlungsfähigen Staat, der den Wettbewerbsrahmen setzt und nach Maßgabe
527 des Subsidiaritätsprinzips

528 Chancengerechtigkeit und Solidarität da organisiert, wo Einzelne sich nicht mehr selbst helfen
529 können

530

531 Die Soziale Marktwirtschaft verbindet das Prinzip und die Leistungsfähigkeit freier Märkte mit
532 sozialem Ausgleich. Sie ist sozial, weil sie produktiv ist und den Verbrauchern eine Güterfülle zur
533 Verfügung stellt, wie es planwirtschaftlichen Systemen unmöglich ist. Die Soziale Marktwirtschaft
534 ist darüber hinaus sozial, weil sie durch ihre Produktivität die erforderlichen Ressourcen für den
535 sozialen Ausgleich und die Bewahrung der Schöpfung auch für künftige Generationen bereithält.

536

537 Erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft ist deshalb aus sich heraus sozial; sie bedarf keiner
538 expansiven, auf alle Schichten der Bevölkerung zielenden umfassenden Sozialpolitik als
539 „Gegengewicht“ oder „Ausgleich“. Menschen in Not müssen auf die Solidarität der Gemeinschaft
540 bauen können. Alle Transferleistungen, die nicht auf individueller Leistung beruhen, sollten den
541 situativen Charakter einer Hilfe in Notlagen und damit Anreize zu ihrer Beendigung aufweisen. Der
542 Grundsatz „Fördern und Fordern““ muss konsequent eingehalten werden.

543

544 Abhängigkeiten müssen erschwert, Selbsthilfekräfte gestärkt, Missbrauch und Mitnahmeeffekte
545 verringert werden: Das soziale Netz und dessen Leistungsfähigkeit müssen für die wirklich
546 Bedürftigen erhalten werden, damit in Zeiten demographischen Wandels weniger Anreize zur
547 Schaffung und Verlängerung von Abhängigkeiten geboten werden.

548

549 Die Qualität unseres Gemeinwesens oder Sozialstaats bemisst sich nicht an der

550 Menge der für Sozialleistungen verwandten finanziellen Mittel. Davon, dass sozialer Frieden nicht
551 mit immer noch mehr Transfers und Umverteilung zu erkaufen ist, künden auch die Klagen über
552 immer neue „Gerechtigkeitslücken“, obwohl der Anteil der Sozialausgaben an den Öffentlichen
553 Haushalten fast stetig steigt. Umgekehrt darf das Zahlen von Steuern und Abgaben nicht als
554 Freikaufen aus der Verpflichtung zu gesellschaftlichem Engagement und zu karitativer Hilfe im
555 persönlichen Umfeld missverstanden werden.

556

557 Soziale Marktwirtschaft verdient ihren Namen nur dann, wenn sie auch generationengerecht und
558 nachhaltig ist. In einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die für zukünftige Generationen
559 fruchtbaren Boden statt ausgetrockneter Erde hinterlassen will, kann nur ausgegeben werden, was
560 zuvor erwirtschaftet wurde.

561

562 Prägend für die Soziale Marktwirtschaft ist, dass trotz des Primates der Marktwirtschaft das
563 Markt- und das Sozialprinzip grundsätzlich untrennbar miteinander verbunden sind. Keines darf
564 ohne Berücksichtigung des anderen umgesetzt werden. Eben auf diese Balance zielt die Soziale
565 Marktwirtschaft als ökonomisches, soziales und politisches Programm.

566 In der Sozialen Marktwirtschaft sind also wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung zwei
567 Seiten einer Münze. Diese Formulierung beinhaltet aber gleichwohl eine Gefahr: Wirtschaftliche
568 Effizienz und sozialer Ausgleich sind nicht in jedem Fall miteinander kompatibel. Wenn nämlich der
569 soziale Ausgleich übertrieben wird, bleibt die wirtschaftliche Vernunft auf der Strecke. Die
570 Geschichte der Bundesrepublik und die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat zeigen, dass die soziale
571 Seite dieser Medaille priorisiert wurde. und die wirtschaftliche Vernunft dadurch häufig zu kurz
572 gekommen ist.

573

574 Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, das Gemeinwohl gegen den Markt, durch Planwirtschaft, sichern
575 zu wollen. Genauso wenig ist allein dem Markt die Herstellung einer sozialen Ordnung zuzutrauen.
576 Die Folgen dieser Fehleinschätzungen sind Mangelwirtschaft oder Ökonomisierung des
577 gesellschaftlichen Lebens. Es gilt, den Markt weder zu lähmen noch zu überhöhen, sondern eine
578 klare Grenze zu ziehen: Der Markt hat eine segensreiche unverzichtbare Funktionalität als
579 Wohlstandsmotor, aber er ist kein gesellschaftlicher Sinnstifter. Es gibt viele Dinge, die mindestens
580 so wichtig oder wichtiger sind als der Markt: Familie, Natur, Heimat, Toleranz und Fairness,
581 religiöse, kulturelle und seelische Prägungen. Sie zusammen machen den Menschen aus. Die
582 Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft muss gestützt werden durch Stabilisatoren „jenseits von
583 Angebot und Nachfrage“ (Wilhelm Röpke). Dennoch schafft erst die Produktivität des Marktes

584 dafür die Grundlage, dass nicht Not den Kampf aller gegen alle auslöst, sondern Werte in Würde
585 gelebt werden können.

586

587

588 **Fazit**

589

590 Die Botschaft der Sozialen Marktwirtschaft kann nicht prägnanter auf den Punkt gebracht werden
591 als durch die klassische Formulierung der Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom 15. Juli 1949; dort
592 heißt es:

593

594 *„Die ‚Soziale Marktwirtschaft‘ ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft,*
595 *in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein*
596 *Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt.“*

597

598

599 **Kapitel 3**

600 **Unsere Herausforderungen – unsere Antworten**

601

602 **3.1. Einleitung**

603

604 **Die Soziale Marktwirtschaft gibt die richtigen Antworten auf die aktuellen** 605 **Herausforderungen**

606 Die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik als erfolgreiches
607 Schlagwort durchgesetzt. Aber gerade deswegen war ihre Interpretation immer wieder umstritten.
608 In der politischen Umsetzung wurde oft von dem abgewichen, was mit dem Leitbild eigentlich
609 gemeint war. Ihre Grundprinzipien wurden oft über Bord geworfen, wenn sie der Politik lästig
610 wurden oder sie bequemen Kompromissen in Wege standen.

611

612 Wir wollen uns mit einer solchen Umdeutung und Entwertung der Sozialen Marktwirtschaft nicht
613 abfinden. Unser Land steht zwar derzeit auf den ersten Blick gut da. Aber Gefährdungen sind
614 unübersehbar. Deshalb müssen wir uns realistisch den aktuellen Herausforderungen des 21.
615 Jahrhunderts stellen. Wir sind davon überzeugt, dass das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft
616 auch heute helfen kann, die richtigen Antworten auf diese Herausforderungen zu finden und
617 unserer politischen Verantwortung für heutige und künftige Generationen gerecht zu werden.
618 Deshalb müssen wir die Weichen neu justieren.

619

620 **Wir trauen uns Zukunft zu.**

621 Die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft lehrt uns, dass wir vor diesen Herausforderungen
622 keine Angst zu haben brauchen. Wir haben allen Grund zu Selbstbewusstsein und Optimismus. Die
623 Menschen, die 1945 buchstäblich vor dem Nichts standen, haben unser Land mit Tatkraft wieder
624 aufgebaut, weil sie auf die Kraft der Freiheit vertraut und ihr Schicksal selbst in die Hand
625 genommen haben. Nach 1990 hat sich dieser großartige Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft in den
626 neuen Ländern wiederholt. Viele Menschen hatten dort den Mut, ihr Leben neu auszurichten und
627 Freiheit und Eigenverantwortung zu leben. Nicht zuletzt haben viele Menschen dort aus dem
628 Nichts den Sprung in die Unternehmerverantwortung gewagt, Wohlstand geschaffen und
629 Beschäftigung aufgebaut. Und seit Jahrzehnten zeigen viele Zuwanderer, die in unser Land
630 kommen, um einen Neuanfang zu wagen, dass man in Vertrauen auf Freiheit und auf die eigene
631 Tatkraft aus dem Nichts eine neue Existenz aufbauen und erfolgreich in unserer freien Gesellschaft
632 bestehen kann.

633

634 Wir sollten uns diese Erfolgsgeschichten der Sozialen Marktwirtschaft in Erinnerung rufen. Die
635 Tugenden, die die Menschen im Wiederaufbau nach 1945 und 1990 stark gemacht haben, sind
636 auch heute noch fester Bestandteil unserer politischen Kultur. Wir tragen sie in uns. Wir müssen
637 uns nur auf sie besinnen und den Mut haben, die Weichen richtig zu stellen. Wir wissen heute, dass
638 Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum nicht selbstverständlich sind. In Zeiten der
639 europäischen Integration, der Globalisierung und des rasanten technologischen Fortschritts
640 können wir uns nicht ausruhen oder verstecken. Wir haben den Mut, unsere Zukunft selbst in die
641 Hand zu nehmen. Der Schlüssel dazu ist, dass wir die Soziale Marktwirtschaft als eine Ordnung
642 begreifen und ausgestalten, die dem Menschen dient, ihm große Entfaltungsmöglichkeit verschafft
643 und ihm Würde und Selbstverantwortung zutraut.

644

645 Wichtig hierfür ist, dass die Regeln, die der Staat den Menschen auferlegt, und die Institutionen,
646 durch die er handelt, von den Menschen verstanden und als verlässlich und gerecht empfunden
647 werden. Einfachheit, Überschaubarkeit und Robustheit sind deswegen wichtige Anforderungen an
648 alles staatliche Handeln. Einfachheit von Regeln ist notwendig, um ihre Gerechtigkeit und
649 Allgemeingültigkeit zu sichern und vor dem Abdriften in willkürliche Einzelfallentscheidungen zu
650 schützen. Überschaubarkeit ist unerlässlich, weil von ihr die Transparenz von Institutionen und
651 Organisationen abhängt und durch sie Legitimität vermittelt werden kann. Robustheit ist
652 unerlässlich, damit Regeln und Institutionen die Ziele, derentwillen sie eingeführt wurden, auch
653 erreichen und bedeutet insbesondere, dass Regeln realitätsnah, flexibel und korrekturfähig sein
654 müssen.

655

656

657 **3.2. Für ein Europa des Wettbewerbs und der Subsidiarität**

658

659 **Die europäische Integration ist ein historischer Erfolg.**

660 Die großen Herausforderungen unseres Landes können wir nur gemeinsam mit unseren
661 europäischen Partnern meistern. Fast alle wichtigen politischen Entscheidungen, die unser Land
662 betreffen, werden heutzutage durch die Europäische Union (EU) beeinflusst. Es ist eine große
663 historische Leistung, dass es uns nach zwei Weltkriegen gelungen ist, im Laufe von inzwischen
664 sieben Jahrzehnten immer mehr Länder unseres ehemals von Feindschaften zerrissenen Kontinents
665 zusammenzuführen und eine stabile Friedensordnung zu errichten. Darauf können wir stolz sein,
666 und diese historische Leistung dürfen wir auch nie aus dem Blick verlieren, wenn der politische
667 Alltag Probleme und Konflikte mit den Institutionen oder anderen Mitgliedstaaten der EU mit sich

668 bringt. Als Mittelstandsvereinigung wissen wir besonders zu schätzen, dass in Europa ein großer
669 Binnenmarkt entstanden ist, der allen Bürgern Freizügigkeit beschert hat, einen freien Waren- und
670 Dienstleistungsverkehr ermöglicht und vielen Unternehmen neue Horizonte eröffnet hat. Auch
671 Deutschland wurde durch die Integration zu Reformen angehalten, die es aus eigener Kraft nicht
672 unternommen hätte. Der Binnenmarkt, die Freizügigkeit, der Wegfall der Zollschranken und die
673 gemeinsame Währung sind für uns zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Vorteile und
674 Leistungen der EU verblassen. Im politischen Alltag sollten wir uns aber in Erinnerung rufen, dass
675 seit Jahrzehnten außer Dänemark kein anderer EU-Mitgliedstaat in einem so hohen Maße von der
676 EU-Integration profitiert wie die Exportnation Deutschland. Seit seiner Gründung 1993 hat der EU-
677 Binnenmarkt das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands gesteigert. Er ist eine Wachstums- und Job-
678 Maschine, die Deutschlands Wohlstand sichert. Für den deutschen Mittelstand ist er unerlässlich.
679

680 **Toleranz für ein Mehr an Vielfalt zwischen den EU-Mitgliedsstaaten**

681 Die europäische Integration ist das Werk von engagierten Menschen, gesellschaftlichen
682 Organisationen und politischen Entscheidern aus heute 28 Mitgliedstaaten. Europäischer Rat,
683 Europäische Kommission und Europäisches Parlament treiben zusammen mit den nationalen
684 Regierungen und Parlamenten den Integrationsprozess voran. Dieser war immer von
685 Kompromissen geprägt und durchlebte häufig Krisen. Vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges
686 hat die EU durch die Osterweiterung und durch die im Maastricht-Vertrag angelegte Vertiefung
687 eine neue Qualität erhalten. Die Gefahr, dass die bisherige Politik an ihre Grenzen stößt, kann
688 jedoch nicht ignoriert werden. Wir stoßen nicht nur in einigen Mitgliedstaaten und
689 gesellschaftlichen Gruppen in Europa auf Akzeptanzprobleme, wenn von Europa die Rede ist. Wir
690 müssen auch sehen, dass inzwischen viele Interessenkonflikte entstanden sind, weil die
691 Integration auf Bereiche ausgedehnt wurde, für die es keinen inhaltlichen Konsens gibt. Trotz der
692 allgemeinen Zustimmung zur Idee der europäischen Integration ist bislang keine Verständigung
693 darüber erreicht worden, von welcher Qualität die Integration sein soll und welche Aufgaben die
694 europäischen Institutionen in Abgrenzung zu nationalen, regionalen oder lokalen Institutionen
695 wahrnehmen sollen. Vor allem gibt es kein gemeinsames Leitbild einer Wirtschafts- und
696 Sozialordnung, der sich alle Mitgliedstaaten verpflichtet fühlen, und keine gemeinsame politische
697 Philosophie, die eine intuitive Übereinstimmung über Aufgaben und Grenzen des Staates
698 vermittelt. Die EU wird deshalb künftig nur erfolgreich sein können, wenn wir Methoden
699 entwickeln und anwenden, um mit einem höheren Maß an Heterogenität zwischen den
700 Mitgliedstaaten, als wir es in der Vergangenheit gewohnt waren, umzugehen. Dazu kann auch
701 gehören, dass wir den Mitgliedstaaten künftig größere Spielräume bei der Entscheidung, ob sie
702 weitere Integrationsschritte mitgehen möchten, belassen. Auch in der Vergangenheit haben sich

703 bereits einzelne Mitgliedstaaten wiederholt Ausnahmen von bestimmten Integrationsmaßnahmen
704 vorbehalten. Das gilt nicht nur für die Teilnahme an der Währungsunion oder dem zwischen einem
705 Teil der Mitgliedstaaten der EU und mehreren Nachbarländern außerhalb der EU vereinbarten
706 „Schengen-Raum“. Wir empfinden eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten deshalb nicht
707 von vornherein als Bedrohung des europäischen Gedankens. Vielmehr eröffnet sie eine
708 Möglichkeit, Gesellschaften, die geringer als die Gründungsmitglieder der EU entwickelt sind oder
709 die ihren Platz nicht im Kern eines vereinten Europas suchen, auch künftig mit auf den Weg zu
710 nehmen und an der gemeinsamen Politik teilhaben zu lassen. Wir möchten die Integration mit den
711 Mitgliedstaaten, die dazu gewillt und in der Lage sind, weiter vorantreiben, zugleich aber die Tür
712 für die übrigen Mitgliedstaaten offen halten.

713

714 **Wir brauchen eine Aufgabenkritik für die EU im Sinne des Subsidiaritätsprinzips.**

715 Dringend nötig ist eine Debatte über die Aufgaben und Grenzen der europäischen Politik. Ihr
716 Ergebnis muss sein, dass wir auf der einen Seite in einigen Fragen, in denen wir nur als Europäer
717 wirkungsvoll handeln können, mehr Integration brauchen. Die innere und äußere Sicherheit, die
718 internationale Energie- und Umweltpolitik oder die Einwanderungspolitik sind Beispiele dafür, wo
719 wir auch in Zukunft noch mehr Europa brauchen und Schwerpunkte setzen müssen. Aber im
720 Gegenzug brauchen wir auch eine Rückverlagerung von Kompetenzen an die nationale und die
721 regionale Ebene, die nicht nur kosmetischer Natur ist. Europa soll groß in großen Dingen sein und
722 bescheiden und zurückhaltend in tausend Einzelheiten des täglichen Lebens. Ein Wettbewerb
723 zwischen bewährten mitgliedstaatlichen Lösungen muss möglich sein.

724

725 **Wir fordern: Weniger Bürokratie aus Brüssel!**

726 Ein entscheidendes Argument für die europäische Integration war und ist der Abbau von
727 Bürokratie durch die Reduzierung der nationalen Normen, die von Unternehmen beachtet werden
728 müssen. Hier hat die Europäische Union in der Tat auch viel erreicht. Trotzdem gibt es immer
729 wieder Beschwerden über langwierige und intransparente Entscheidungsverfahren, nur schwer
730 verständliche Rechtsakte sowie allgemein ein Übermaß an Bürokratie. Die Stoiber-Kommission hat
731 in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, sich dieser Probleme bewusst zu
732 werden und Wege zum Bürokratieabbau aufzuzeigen. Hier müssen wir weiter gehen und
733 institutionelle Vorkehrungen dafür schaffen, dass die EU nicht zum bürokratischen Hemmnis,
734 sondern zum Vorkämpfer gegen Normenflut wird. Wir fordern daher die Einsetzung eines
735 unabhängigen Normenkontrollrats, der geplante Normen an den Maßstäben von Subsidiarität und
736 Verhältnismäßigkeit prüft und eine unabhängige Folgenabschätzung von neuer Regulierung

737 leistet. Vor allem die Mittelstandsverträglichkeit der Rechtsakte der EU muss besser als bisher
738 gewährleistet werden.

739

740 **Wir fordern mehr Binnenmarkt und weniger Zentralisierung.**

741 Die Europäische Union hat ihre größten Erfolge mit der Durchsetzung des Binnenmarktes erreicht.
742 Unternehmer und Verbraucher in ganz Europa haben davon sehr profitiert. Es zeigt sich aber
743 inzwischen sehr deutlich, dass es über diese Philosophie des Binnenmarktes, der ökonomischen
744 und politischen Wettbewerb ermöglicht, keinen echten Konsens gibt. Stattdessen haben
745 inzwischen viele Regelungen um sich gegriffen, die auf eine Zentralisierung hinauslaufen. Durch
746 eine zu rigide Vereinheitlichung der Vorgaben erlahmt der politische Wettbewerb um beste
747 Lösungen. Das behindert nicht nur politische Innovationen in den einzelnen Mitgliedstaaten,
748 sondern stellt auch Lösungen, die bereits in einzelnen Ländern erfolgreich praktiziert werden, in
749 Frage. Dafür gibt es viele Beispiele: Uns macht vor allem das Feld der beruflichen Bildung Sorge,
750 weil aus der europäischen Politik und aus anderen Mitgliedstaaten immer wieder Versuche
751 unternommen werden, das an sich berechtigte Anliegen einer gegenseitigen Anerkennung von
752 gleichwertigen Berufsabschlüssen dazu zu missbrauchen, das deutsche System der beruflichen
753 Bildung zu entwerten. Das ist angesichts der geringen Jugendarbeitslosigkeit, die Deutschland vor
754 den meisten anderen EU-Ländern auszeichnet, absurd. Wir fordern deshalb, dass die EU-
755 Kommission die Europäische Union als Raum versteht, der einen Wettbewerb der Systeme fördert
756 und nicht unterbindet und der es einzelnen Ländern erlaubt, bessere Lösungen beizubehalten oder
757 zu entwickeln, als im Konsens aller Länder vereinbart werden können. Wir treten dafür ein, dass wir
758 mit den wichtigen Wirtschaftsräumen der Welt Freihandelsabkommen abschließen, deren oberste
759 Priorität sein muss, den Mittelstand nach Kräften zu fördern. Freihandelsabkommen, die nur den
760 Interessen der Großunternehmen dienen, lehnen wir ab.

761

762 **Europa muss als Teil des Westens seine eigene sicherheitspolitische Verantwortung** 763 **übernehmen**

764 Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft und für die Soziale Marktwirtschaft ist die
765 Gewährleistung von innerer und äußerer Sicherheit durch den Staat. Es ist daher erforderlich, dass
766 Deutschland und die Staaten Europas ihre sicherheitspolitische Verantwortung innerhalb und
767 außerhalb Europas erkennen und die dafür erforderlichen Fähigkeiten und Ressourcen
768 bereitstellen. Wir sind davon überzeugt, dass eine den Anforderungen der heutigen Zeit
769 angemessene Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht mehr allein durch einzelne
770 Nationalstaaten betrieben werden kann. Erforderlich sind gemeinsame Sichtweisen hinsichtlich
771 der Sicherheitsbedürfnisse der Staaten Europas und eine Diskussion über die künftige Rolle

772 Europas in einer dynamischer und unsicherer werdenden Welt. Die Übernahme
773 sicherheitspolitischer Verantwortung ist zunächst eine Aufgabe der europäischen Staaten selbst,
774 die diese Aufgabe nach unserer Überzeugung am besten gemeinsam erfüllen können.

775

776 Daneben ist und bleibt die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft mit den USA von
777 überragender Bedeutung. Diese Sicherheitsgemeinschaft wird aber nur Bestand haben können,
778 wenn die Europäer ihren Teil der Sicherheitsverantwortung auch wirklich übernehmen. Zu oft in
779 der Vergangenheit haben die Europäer bei schwierigen geopolitischen Sachlagen ein Einschreiten
780 der USA verlangt oder erwartet und dennoch gleichzeitig eine gleichberechtigte Teilhabe an
781 sicherheitspolitischen Entscheidungen eingefordert. Dieses Ungleichgewicht innerhalb der
782 transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft wird nicht funktionieren können.

783

784 Deutschland muss daher nach unserer Überzeugung gemeinsam mit seinen europäischen Partnern
785 bereit sein, selbst die Mittel bereit zu stellen, um die eigene Sicherheit und die Vertretung eigener
786 Interessen in der Welt selbständig gewährleisten können.

787

788

789 **3.3. Stabile Währung und solide Finanzen – Schlüsselfragen für die europäische und** 790 **deutsche Politik**

791

792 **Das Schicksal der gemeinsamen europäischen Währung ist eine Schlüsselfrage der** 793 **deutschen und der europäischen Politik.**

794 Die Schaffung der Währungsunion war ein politisches und ökonomisches Wagnis, das von
795 Deutschland eingegangen wurde, weil es mit dem Versprechen verbunden wurde, dass der Euro
796 ebenso stark und unabhängig wie die Deutsche Mark sein werde und dass dazu eine robuste
797 Stabilitätskultur in ganz Europa durchgesetzt werde. Durch eine stabile Währung, so die
798 Erwartung, könne die politische Integration vorangebracht werden. Inzwischen sind wir ernüchert:
799 Zwar hat sich der Euro bislang durchaus als stabile Währung erwiesen. Wir mussten aber die
800 Erfahrung machen, dass einige Länder gegen die Stabilitätskultur verstoßen haben
801 und dass es Euro-Staaten gibt, die sich nicht der Disziplin einer starken Währung unterwerfen
802 wollen. Dabei dürfen wir eines nicht übersehen: die Euro-Krise, die nach wie vor nicht überwunden
803 ist, ist keine Folge der Finanzmarktkrise, sondern zuallererst eine Folge der jahrzehntelangen
804 Staatsverschuldung, die überall in Europa betrieben wurde. Die Finanzmarktkrise hat nur dazu
805 geführt, dass die versteckten Kosten und Risiken dieser Staatsverschuldung deutlicher wurden. Der
806 Weg zur Überwindung der Euro-Krise kann nur über eine solide Haushaltspolitik und beherrzte

807 wirtschaftliche Reformen erfolgen – nicht aber durch Verschuldung und eine Kollektivierung der
808 Verschuldungskosten.

809

810 **Nicht jedes EU-Mitglied ist reif für die Währungsunion**

811 Europa und die europäische Integration würden es verkraften, wenn aus der Währungsunion
812 diejenigen Staaten ausscheiden, die sich nicht der Disziplin einer stabilen Währung unterwerfen
813 wollen. Der europäischen Integration ist mit einer alle Mitgliedstaaten umfassenden gemeinsamen
814 Währung nicht um jeden Preis gedient. Der europäischen Integration ist nur gedient mit einer
815 Währungsunion, die sich als Stabilitätsunion begreift und eine starke Gemeinschaftswährung
816 garantiert. Die politische Integration kann nicht gelingen, wenn sie sich nicht auf die Regeln
817 ökonomischer Vernunft besinnt.

818

819 **Wir müssen zurück zu einem wasserdichten „bail-out“-Verbot.**

820 Wir müssen daher weiterhin dafür sorgen, dass überschuldete Staaten auf den Pfad der Stabilität
821 und Solvenz zurückkehren und das Gesamtniveau der öffentlichen Verschuldung konsequent
822 zurückgefahren wird. Wir brauchen automatische Defizitverfahren bei Verstößen gegen diese
823 Regeln sowie wirksame nationale Schuldenbremsen. Niemand soll sich darauf verlassen, dass er die
824 Folgen der Verschuldung auf andere Länder abwälzen kann. Es ist zudem der engen Partnerschaft
825 souveräner Staaten mit dem notwendigen grundsätzlichen gegenseitigen Vertrauen nicht
826 zuträglich, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Union in ein direktes oder indirektes
827 Verhältnis von Schuldner und Gläubiger treten. Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass wir zur
828 „no bail-out“-Regel zurückkehren und Vorkehrungen gegen ihre erneute Aushebelung treffen.
829 Europa kann nur als Rechtsgemeinschaft bestehen. Deshalb gibt es für die Zukunft Europas nichts
830 Wichtigeres, als sich einfach wieder an das Recht der Europäischen Verträge zu halten. Es darf
831 keine gemeinsame Haftung für Staatsschulden geben, insbesondere nicht durch sogenannte Euro-
832 Bonds. Hilfen für hochverschuldete Staaten darf es nur geben, wenn diese sich auf ein eindeutiges
833 und konsequentes Reformprogramm verpflichten und umsetzen. Die EU benötigt für ihre
834 Mitgliedstaaten eine Insolvenzordnung. Die Banken in der Europäischen Union müssen gesetzlich
835 verpflichtet werden, Kredite und auch die Zeichnung von Anleihen an Staaten mit haftendem
836 Eigenkapital zu unterlegen.

837

838 **Die EZB muss sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben beschränken.**

839 Die Europäische Zentralbank hat das vorrangige Ziel, die Preisstabilität im Euro-Raum zu
840 gewährleisten. Nur wenn dieses Ziel dabei nicht gefährdet wird, kann die EZB die allgemeine
841 Wirtschaftspolitik der EU unterstützen. Unter dieser Voraussetzung hat die EZB folgende

842 Aufgaben: die Geldpolitik der Union festzulegen und auszuführen, bestimmte Devisengeschäfte
843 durchzuführen, die offiziellen Währungsreserven der Mitgliedstaaten zu verwalten und das
844 reibungslose Funktionieren der Zahlungssysteme zu fördern. Es ist der EZB untersagt, Schuldtitel
845 von Regierungen der Mitgliedstaaten unmittelbar zu erwerben. Darüber hinaus hat die EZB
846 Aufgaben der Bankenaufsicht. Die Europäische Zentralbank hat in den vergangenen Jahren
847 Aufgaben übernommen, die unvereinbar sind mit dem Geist des Maastricht-Vertrags. In der
848 akuten Krisensituation des Jahres 2012 war es zwar durchaus richtig, dass sie in Aussicht gestellt
849 hat, zur Not unbegrenzt Liquidität bereitstellen zu wollen. Damit hat sie die Finanzmärkte vor
850 einem Kollaps bewahrt, der auch die deutschen Sparer in Mitleidenschaft gezogen hätte. Die
851 danach fortgeführte expansive Geldpolitik war noch für eine gewisse Phase begründbar, zum einen
852 wegen der rückläufigen Kreditvergabe südeuropäischer Banken an lokale Unternehmen. Zum
853 anderen hätte ein strafferer geldpolitischer Kurs angesichts der extrem expansiven Geldpolitik der
854 USA, Japans und Großbritanniens den Euro weiter aufwerten lassen, was in der fragilen
855 konjunkturellen Situation der Exportwirtschaft erhebliche Probleme bereitet hätte. Aber völlig
856 überzogen war es, mit Anleihekäufen zu beginnen, als sich in nahezu allen Euroländern bereits eine
857 konjunkturelle Erholung andeutete. Umfang und Dauer dieser Ankäufe nach sehr kurzer Haltefrist
858 durch die Banken haben die EZB in eine nicht mehr akzeptable Nähe zur unmittelbaren
859 Staatsfinanzierung gebracht. Auf Dauer geht die Politik des billigen Geldes und der
860 Niedrigzinspolitik in die Irre. Sie schwächt den Reformdruck und dient nur den Finanzministern,
861 die die Kosten der Staatsverschuldung gering halten wollen, und hat auf Dauer bedenkliche
862 ökonomische Auswirkungen. Billiges Geld aber verzerrt die Anreize, führt damit zur Fehllenkung
863 von Innovationen und Investitionen und ist damit letztlich schädlich für das Wirtschaftswachstum.
864 Durch billiges Geld und niedrige Zinsen werden Spekulationsblasen ausgelöst und die Risiken im
865 Finanzsektor geschürt. Zugleich wirken sie sich schädlich auf die Mittelstandsfinanzierung aus und
866 gefährden die soziale Vorsorge von Millionen Menschen, die auf ihre Renten oder
867 Lebensversicherungen vertrauen. Die EZB muss diesen Irrweg verlassen und robusten Regeln
868 unterworfen werden, die sie nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank dazu zwingen, eine
869 starke und politisch unabhängige Währung zu verteidigen. Elektronische Bezahlsysteme sind auf
870 dem Vormarsch. Letztendlich wird der Markt über die Verwendung von Bargeld oder digitalen
871 Bezahlmethoden entscheiden. Aber die Abschaffung von Bargeld lehnen wir grundsätzlich ab,
872 denn Bargeld ist gemünzte Freiheit.

873

874 **Wer bestellt, muss auch bezahlen – auch in der Finanzpolitik.**

875 Als größtes Land der Euro-Zone hat Deutschland eine besondere Verantwortung dafür, seine
876 Finanzverfassung so zu gestalten, dass die Anforderungen einer starken und stabilen Währung

877 erfüllt werden. Das geht nur durch eine strikte Verantwortungskultur, an die sich alle politischen
878 Akteure halten müssen. Für das Verhältnis der staatlichen Ebenen untereinander muss das Prinzip
879 der Konnexität gelten. Die Gesetzgebungskompetenz muss mit der Finanzierungsverantwortung
880 zusammenfallen. Nur dann ist zu erwarten, dass politische Entscheidungsträger kostenbewusst
881 handeln. Verstöße gegen diese Grundregel sind oft schuld daran, dass eine Ebene Aufgaben
882 übertragen bekommt, ohne Finanzmittel verfügbar zu haben, und dann zur Kreditfinanzierung
883 greifen muss. Vor allem die Kommunen haben hierunter zu leiden.

884

885 **Wir fordern die Entflechtung des Finanzföderalismus.**

886 Die Finanzen von Bund und Ländern müssen konsequent aufgebrochen werden, um
887 Finanzverantwortung auf beiden Ebenen herzustellen. Die Länder brauchen für eine solide
888 Finanzpolitik mehr finanzielle Autonomie auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite. Sie
889 müssen ihre Haushalte selbst gestalten und verantworten können. Genauso braucht der Bund
890 Steuern, die ihm alleine zustehen und über die er auch ohne Zustimmung der Länder entscheiden
891 kann. Ein Trennsystem ist deshalb dem heute vorherrschenden System der Verbundsteuern
892 vorzuziehen. Mischfinanzierungen von Bund und Ländern müssen auf wenige gemeinsame
893 Einrichtungen im Bereich Forschung, Wissenschaft und Kultur beschränkt werden.

894

895 **Der föderale Finanzausgleich muss politischen Wettbewerb ermöglichen.**

896 Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern muss auf der einen
897 Seite sicherstellen, dass wesentliche staatliche Aufgaben in allen Ländern garantiert werden
898 können. Er muss aber zugleich starke Anreize enthalten, die eigene regionale Wirtschafts- und
899 Steuerkraft zu verbessern und auf diesem Wege zu gleichwertigen Lebenschancen in allen
900 Regionen Deutschlands beitragen. Wer nur nach der Finanzierung durch andere ruft, bleibt
901 schwach. Wir verstehen den Föderalismus als eine Ordnung der Machtteilung und der
902 Machtkontrolle, die freiheitssichernd wirkt. Seine segensreichen Wirkungen kann er aber nur
903 entfalten, wenn er auch eine Wettbewerbsordnung ist, die über politischen Wettbewerb zwischen
904 den Ländern zu besseren Leistungen des Staates in der Rechtsetzung und Verwaltung anspornt. Er
905 darf kein Kartell zur Verschleierung politischer Verantwortung sein. Die vorsichtigen Ansätze zur
906 Reform des Föderalismus durch die beiden Föderalismusreformen 2006 und 2009 müssen daher
907 mit mehr Konsequenz und Gründlichkeit fortgesetzt werden.

908

909 **Der Staat muss sich auf seine Kernaufgaben beschränken.**

910 Der Staat hat in Deutschland kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Wenn die
911 Schuldenbremse des Grundgesetzes greifen soll, brauchen wir wirksame Instrumente, um

912 Kernaufgaben und Finanzbedarf des Staates zu definieren und Prioritäten bei nachrangigen
913 Aufgaben und Ausgaben zu setzen. Wir müssen langfristig eine Staatsquote von 40 Prozent
914 anstreben. Dazu muss die Entwicklung der Staatsausgaben unter dem Wachstum des
915 Bruttoinlandsprodukts liegen. Wir fordern auch ein verbindliches Belastungsmoratorium für
916 Steuern und Abgaben, das eine Erhöhung oder Neueinführung von Belastungen nur zulässt, wenn
917 zugleich an anderer Stelle Belastungen gesenkt werden. Zugleich muss für alle Staatsausgaben ein
918 internationales Benchmarking erstellt werden, aus dem erkennbar ist, welche Bereiche der
919 Staatstätigkeit ineffizient und welche unterfinanziert sind. Öffentliche Beteiligungen an
920 Unternehmen sind zurückzuführen, wenn die Aufgaben effizient und rechtlich zuverlässig auch
921 durch die private Wirtschaft erfüllt werden können. Die sozialen Sicherungssysteme müssen wie
922 die staatlichen Kernhaushalte dem Erfordernis der Schuldenbremse Rechnung tragen.

923

924 **Der Staat ist kein guter Unternehmer.**

925 Durch Konzentration auf seine Kernaufgaben kann der Staat wesentlich zu soliden Staatsfinanzen
926 beitragen. Dazu gehört auch, dass auf allen Ebenen des Staates eine strikte Zurückhaltung bei
927 unternehmerischen Beteiligungen praktiziert wird. Wo diese bestehen, sollten sie zurückgeführt
928 werden, indem private Beteiligung ermöglicht wird. Erst recht sollte der Staat sich zurückhalten,
929 wenn es um die Beteiligung an bereits am Markt tätigen Privatunternehmen geht. Banken mit
930 staatlicher Beteiligung haben in der Finanzmarktkrise weder in den USA noch in Deutschland ein
931 gutes Bild abgegeben und waren Teil des Problems, das überwunden werden muss. Strikte
932 Zurückhaltung muss der Staat bei der vermeintlichen Rettung von gefährdeten Großunternehmen
933 der Industrie oder des Finanzsektors üben. Solche Versuche sind mit einer Wettbewerbsordnung
934 nicht vereinbar und waren überdies selten erfolgreich und haben die Steuerzahler viel Geld
935 gekostet.

936

937 **Konjunkturpolitische Maßnahmen des Staates sind nur sinnvoll, soweit sie im Dienste 938 der Wettbewerbsordnung stehen.**

939 In einem fairen Leistungswettbewerb müssen sich Preise frei verändern können. Nur so erhalten
940 Anbieter und Nachfrager die richtigen Informationen, um auf Änderungen rechtzeitig und
941 angemessen zu reagieren. Konjunkturkrisen decken falsches Verhalten auf und signalisieren den
942 Menschen, dass sie ihre Geschäftsmodelle und Konsumgewohnheiten überprüfen und die Krise
943 durch produktive Innovationen überwinden müssen. Staatliche Ausgabenprogramme zur
944 Steigerung der Nachfrage sind zwar in Krisen populär, aber sind nur Strohfeder, die zu
945 Fehllenkungen führen und die Menschen davon abhalten, ihr Verhalten an veränderte
946 Rahmenbedingungen im Markt anzupassen. Mitnahmeeffekte und künstlich angefachte

947 Preissteigerungen vereiteln in aller Regel, dass staatliche Ausgabenprogramme sich am Ende
948 tatsächlich auszahlen. Es wäre ein falscher Ansatz von Konjunkturpolitik, wenn der Staat gegen die
949 Marktentwicklungen versuchen würde, einzelne Gruppen oder Branchen vor der notwendigen
950 Änderung der Preissignale abzuschirmen oder Arbeitsplätze zu subventionieren, die auf Dauer
951 nicht mehr produktiv sein können. Dies würde die Akteure nur in falscher Sicherheit wiegen,
952 erforderliche Anpassungen verzögern und letztlich immer stärkere und widersprüchlichere
953 Interventionen des Staates auf Kosten aller auslösen.

954

955 In Konjunkturkrisen hat der Staat deshalb zuallererst die Aufgabe, für flexible Preise sorgen, damit
956 die Krise möglichst schnell überwunden werden kann. Für eine aktive Konjunkturpolitik des Staates
957 bestehen deshalb sehr enge Grenzen. Eine Aufgabe des Staates kann darin bestehen, bei
958 krisenbedingten Nachfrageausfällen, die erkennbar nicht dauerhaft, sondern nur vorübergehend
959 sind, zur Überbrückung z.B. Unterstützung für Kurzarbeitsregelungen anzubieten, damit an sich
960 produktive Strukturen nicht zerstört werden und nach Überwindung der Krise ein rascher
961 Produktionsanstieg möglich ist. Nur in ganz seltenen Fällen einer grundlegenden Vertrauenskrise
962 der ökonomischen und politischen Ordnung kann es sinnvoll sein, dass der Staat durch eine aktive
963 Nachfragesteigerung eine Initialzündung für neues Vertrauen in die Marktprozesse gibt. Aber auch
964 hier kann es nur darum gehen, möglichst schnell für eine Situation zu sorgen, in der durch freien
965 Leistungswettbewerb mit flexiblen Preisen die Selbstordnungskräfte einer Wirtschaft wieder
966 aktiviert werden.

967

968

969 **3.4 Für eine Steuerpolitik ohne Finanzillusionen**

970

971 **Die Orientierung am Prinzip der Subsidiarität und an der Leistungsfähigkeit der** 972 **Steuerzahler müssen die Maßstäbe der Steuerpolitik sein.**

973 Die Erhebung von Steuern dient dazu, dass dem Staat die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen,
974 die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Höhe und Umfang der Steuern müssen sich daher
975 zuallererst danach bemessen, welche Aufgaben der Staat erfüllen soll. Dabei muss immer wieder
976 aufs Neue abgewogen werden, welche Aufgaben der Staat an sich ziehen soll und welche Aufgaben
977 zur Eigenverantwortung der Staatsbürger gehören. Jede Erhöhung und Senkung der Steuerlast
978 muss nach dem Maßstab der Subsidiarität erfolgen, d.h. der Staat darf nur solche Aufgaben an sich
979 ziehen, die den Einzelnen überfordern. Die individuelle Belastung der Bürgerinnen und Bürger
980 richtet sich nach ihrer Leistungsfähigkeit, denn die Pflicht, Steuern und Abgaben zu zahlen, darf
981 nicht die Fähigkeit zur Eigenverantwortung untergraben und damit zu einer permanenten

982 Ausweitung von Staatstätigkeit und Steuerlast um den Preis der individuellen Freiheit führen.
983 Auch bei der Besteuerung muss das Vertrauen in den Rechtsstaat gewahrt bleiben, wenn man von
984 den Bürgern Steuerehrlichkeit und Rechtstreue erwartet. Wir brauchen für die gleichmäßige
985 Erhebung der Kapitalertragssteuern einen weltweiten automatischen Informationsaustausch.

986

987 **In der Sozialen Marktwirtschaft darf der Staat nicht durch Steuern steuern.**

988 In der Sozialen Marktwirtschaft muss der Staat darauf verzichten, mit immer komplexeren
989 Detailregeln des Steuerrechts das wirtschaftliche Verhalten der Menschen lenken zu wollen.
990 Wirtschaftslenkung mit Hilfe des Steuerrechts schränkt Freiheit, Selbstverantwortung und
991 Innovationskraft ein. Sie erweist sich in der alltäglichen Erfahrung der Menschen immer als
992 widersprüchlich mit sich oft gegenseitig neutralisierenden Anreizen. Wirtschaftslenkung durch das
993 Steuerrecht führt zu einem immer komplizierteren, undurchschaubaren Rechtssystem mit
994 aufgeblähter Verwaltung, das nur ungleichmäßig umgesetzt werden kann und all diejenigen
995 privilegiert, die sich spezialisierten Sachverstand zur Umgehung von Steuerpflichten leisten
996 können. Eine grundlegende Reform des Steuerrechts bleibt deshalb eine der wichtigsten
997 ordnungspolitischen Aufgaben für eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb fordern
998 wir ein fundamental vereinfachtes, durchschaubares Steuersystem, das gleichmäßig umsetzbar ist
999 und einen nur geringen Verwaltungsaufwand erfordert.

1000

1001 **Höhere Steuern bedeuten nicht höhere Staatseinnahmen.**

1002 Die Höhe der Steuerbelastung beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft, von der
1003 Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängt wiederum die Steuerkraft ab. Deshalb gibt es für
1004 die Höhe der Steuerlast eine Grenze, oberhalb derer höhere Steuern keine höheren
1005 Staatseinnahmen bewirken. Diese Grenze muss die Politik erkennen und respektieren, wenn sie
1006 ihrer wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung wirklich gerecht werden will. Neiddebatten
1007 führen uns in die Irre und sind ein schlechter Ratgeber in der Steuerpolitik, denn sie schaffen
1008 Armut und Ungerechtigkeit anstatt sie zu überwinden.

1009

1010 **Das Steuersystem muss neutral gegenüber allen Einkommensarten und Rechtsformen sein.**

1012 Der Staat muss darauf verzichten, über das Steuersystem bestimmte Rechtsformen von
1013 Unternehmen oder bestimmte Einkommensarten zu diskriminieren. Wir fordern eine gleich hohe
1014 Besteuerung der verschiedenen Einkommensarten, gleichviel ob sie auf abhängiger Beschäftigung
1015 beruhen, auf gewerblichen Tätigkeiten oder auf Einkünften aus Kapitalerträgen, Vermietung oder
1016 Verpachtung. Für uns ist es auch unverzichtbar, dass eine rechtsformneutrale Besteuerung von

1017 Unternehmen auch tatsächlich erreicht wird. Hier gibt es im Detail noch immer viel zu tun. Wir
1018 treten auch dafür ein, dass der Mehrwertsteuersatz vereinheitlicht wird und mit den vielen
1019 wettbewerbsfeindlichen und nicht zu rechtfertigenden Befreiungen und Ermäßigungen auf
1020 ausgewählte Produkte und Dienstleistungen Schluss gemacht wird.

1021

1022 **Das Steuersystem muss die Grenzen der Belastbarkeit der Menschen respektieren.**

1023 Die Pflicht, Steuern zu zahlen, darf niemanden überfordern und in die Abhängigkeit von staatlichen
1024 Leistungen treiben. Die Steuerbelastung darf nicht dazu führen, dass Leistungsanreize geschwächt
1025 werden. Jeder, egal wie hoch sein Einkommen ist, muss sich darauf verlassen können, dass sich
1026 Leistung für ihn lohnt. Deshalb fordern wir, dass der Grundfreibetrag der Einkommensteuer dem
1027 Existenzminimum entsprechen und deshalb immer wieder zeitnah angepasst werden muss. Der
1028 Höchststeuersatz muss wesentlich deutlicher als bisher über dem Einkommensdurchschnitt
1029 erreicht werden. Derzeit greift der Höchststeuersatz schon so früh, dass alle Vorschläge, die
1030 sogenannten „Reichen“ stärker zu besteuern, letztlich die Mitte der Gesellschaft, und hier nicht
1031 nur selbständige Unternehmer, sondern auch angestellte Fachkräfte, empfindlich treffen. Es ist ein
1032 großer Erfolg der MIT, dass wir keine „kalten“ Steuererhöhungen mehr zulassen, sondern die
1033 progressiven Tarife von Ertragssteuern automatisch der Inflation anpassen. Strikte Zurückhaltung
1034 verlangen wir vom Staat bei der Substanzbesteuerung. Die Vermögenssteuer darf nicht wieder
1035 aktiviert werden. Sofern die Erbschaftsteuer beibehalten wird, ist sie zumindest so
1036 mittelstandsfreundlich auszugestalten, dass der Fortbestand von Unternehmen bei der
1037 Unternehmensübertragung gewährleistet ist. Eine aufkommensneutrale Reform der
1038 Erbschaftssteuer muss einen einheitlichen niedrigen Steuersatz und angemessene Freibeträge
1039 umfassen.

1040

1041 **Der Zusammenhang von Steuerbelastung und Leistungserwartungen darf nicht** 1042 **verschleiert werden.**

1043 Die Undurchschaubarkeit unseres Steuersystems hat über Jahrzehnte dazu beigetragen, dass die
1044 Menschen den Zusammenhang zwischen den Leistungsversprechen des Staates und ihren eigene
1045 Leistungserwartungen an den Staat einerseits und der dafür erforderlichen Steuerbelastung nicht
1046 mehr erkennen. Neben den intransparenten und unentwirrbaren Umverteilungseffekten durch
1047 Steuern und staatliche Leistungen hat auch die Kreditfinanzierung von Staatsausgaben dazu
1048 beigetragen, diesen Zusammenhang zu vernebeln und das Kostenbewusstsein von Bürgern und
1049 Politikern zu schwächen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die Schuldenbremse des
1050 Grundgesetzes, die dem Bund ab 2016 und den Ländern ab 2020 grundsätzlich – bei eng
1051 definierten Ausnahmen – keine neuen Kreditaufnahmen mehr erlaubt. Es kommt nun darauf an,

1052 diese heilsame Regel auch zu respektieren und keine Aufweichung der Haushaltsdisziplin
1053 zuzulassen. Wir müssen aber auch konsequent weiterdenken und auf der Ebene der Länder und
1054 Gemeinden substantielle Hebesatzrechte für Steuern einführen, die eine bewusste Wahl zwischen
1055 höheren Staatsleistungen und niedrigeren Steuern möglich machen.

1056

1057

1058 **3.5. Die Durchsetzung einer Wettbewerbsordnung als Leitbild für alle Politikfelder**

1059

1060 **Der Mittelstand bejaht den Wettbewerb als Ausdruck der Sozialen Marktwirtschaft.**

1061 Der Mittelstand hat keine Angst vor Wettbewerb. Er fürchtet nicht zu viel, sondern zu wenig
1062 Wettbewerb. Er sorgt sich nicht um einen freien und fairen, sondern um einen unfairen und
1063 verfälschten Wettbewerb. Es ist eine Querschnittsaufgabe der Politik, dem Wettbewerb wieder
1064 mehr Geltung zu verschaffen und bestehende Wettbewerbsschranken zu beseitigen – ohne
1065 Rücksicht darauf, ob es private Akteure sind, die ihre Marktmacht missbrauchen, oder ob es der
1066 Staat selber ist, der in den Wettbewerb eingreift, um bestimmte Akteure oder gar seine eigene
1067 wirtschaftliche Betätigung zu bevorzugen. Der freie und faire Leistungswettbewerb entspricht
1068 nicht nur unserem Leitbild des freien und mündigen Bürgers, sondern ermuntert auch zu Leistung
1069 und Verantwortungssinn und führt über höhere Produktivität zu größerem Wohlstand für alle
1070 Bürger.

1071 Besondere Probleme in der Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung haben wir in den
1072 Bereichen, die bis vor wenigen Jahren noch durch staatliche Monopole geprägt waren. Trotz
1073 teilweise vollzogener Liberalisierung und Privatisierung liegt hier noch vieles im Argen. Die
1074 Privatisierung einst staatlicher Unternehmen, wie etwa im Bereich der Bahn, beim Postwesen oder
1075 in der Telekommunikation muss durch eine vollständige Marktintegration in allen Bereichen und
1076 die Gleichbehandlung im Vergleich zu allen anderen Wettbewerbern abgeschlossen werden.

1077

1078 **Wettbewerbspolitische Rahmenbedingungen für digitale Märkte**

1079 Mit der Digitalisierung geht ein tief greifender Strukturwandel einher, der alle Lebensbereiche
1080 erfasst und die Wettbewerbspolitik mit Blick auf die digitalen Märkte vor neue Herausforderungen
1081 stellt. In einem rasanten Tempo entstehen nicht nur immer neue digitale Marktmodelle wie
1082 Suchdienste, soziale Netzwerke, digitale Plattformen und E-Commerce-Angebote. Auch die
1083 Mehrseitigkeit dieser Dienste nimmt stetig zu vom reinen Dienstleistungs- und Produkthandel
1084 über zusätzliche Werbe- und Gebührenfinanzierung bis hin zur kommerziellen
1085 Nutzerdatenverwertung und Verschränkung mit weiteren Marktakteuren und Plattformen. Diese
1086 Komplexität digitaler Märkte stellt die Frage nach einem Reformbedarf des rechtlichen und

1087 regulatorischen Wettbewerbsrahmens.

1088

1089 Grundsätzlich darf es dabei nicht um einen wettbewerbsrechtlichen Schutz für bestehende
1090 Geschäftsmodelle gehen, die sich durch neue Geschäftsmodelle bedroht sehen. Dies würde nicht
1091 nur gegen das ordnungspolitische Grundverständnis der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen. Es
1092 würde unser Land im globalen Wettbewerb sowohl bei Innovation, Strukturwandel und neuen
1093 Prozessen der Wertschöpfung als auch als attraktiver Standort für Investoren und Gründer
1094 abhängen. Wir benötigen stattdessen einen ordnungspolitischen Rahmen, der als oberste Prämisse
1095 den unverfälschten Wettbewerb sicherstellt.

1096

1097 Eine Folge innovativer digitaler Geschäftsmodelle können Wettbewerbsverzerrungen sein. Dies
1098 gilt etwa bei Share-Economy-Diensten, für die mitunter ein anderes gesetzliches Regelwerk gilt als
1099 für konventionelle Dienste in vergleichbaren Marktsegmenten. Reflexhaft wird in diesem
1100 Zusammenhang die Unterordnung der neuen Wettbewerber in bestehende Regularien gefordert.
1101 Vielmehr brauchen wir aber eine neue Offenheit, um die umgekehrte Reaktion in Betracht zu
1102 ziehen – nämlich die Anpassung bestehender Regulierung an neue Entwicklungen.

1103 Gleichzeitig müssen die neue Komplexität und die besonderen Eigenschaften digitaler Märkte und
1104 mehrseitiger Plattformen im Wettbewerbsrecht neu gewichtet und berücksichtigt werden. Dies
1105 erfordert eine neue Gesamtbetrachtung, in der anderen Faktoren als Marktanteilen und
1106 Umsatzgrößen gesteigerte Bedeutung zuzumessen ist. Neue Faktoren sind direkte und indirekte
1107 Netzwerkeffekte, Verfügbarkeit und Anwendungspotential von Nutzerdaten sowie die
1108 gesamtwirtschaftliche Bedeutung und die bestehende Dynamik auf dem betrachteten Markt. Vor
1109 diesem Hintergrund muss auch der rechtliche Anwendungsbereich der Fusionskontrolle erweitert
1110 werden. Zusätzlich zu den bisherigen Aufgreifattbeständen, die auf bestimmte
1111 Unternehmensumsätze abstellen, müssen weitere neu definiert werden. Zur Schließung von
1112 Schutzlücken müssen vor allem das Transaktionsvolumen und das Nutzerdatenvolumen als neue
1113 Aufgreifattbestände rechtlich verankert werden, denn in der digitalen Wirtschaft kommt das
1114 wirtschaftliche Potenzial eines Unternehmens oft in dem hierfür gebotenen oder gezahlten
1115 Kaufpreis und dem Umfang von Datenbeständen besser zum Ausdruck als in den zuvor erzielten
1116 Umsätzen.

1117

1118 Mit Blick auf Internetplattformen wie Suchmaschinen, soziale Netzwerke oder Handels-
1119 Plattformen werden zunehmend deren Marktmacht und das missbräuchliche Verhalten der
1120 Betreiber z. B. zur Bevorzugung eigener Dienste diskutiert. Kartellbehörden müssen gegen ein
1121 solches missbräuchliches Verfahren vorgehen. Grundsätzlich darf es aber einem Unternehmen

1122 nicht zum Nachteil gereichen, das es frühzeitiger und erfolgreicher als andere Marktteilnehmer
1123 Trends erkannt, hierfür die richtigen Geschäftsmodelle entwickelt und im Markt implementiert
1124 und sich dadurch eine starke Marktstellung erreicht hat. Mitbewerber können diese starke
1125 Marktstellung am besten dadurch erschüttern, indem sie ihr eigenes Geschäftsmodell
1126 hinterfragen, es anpassen, neue Angebote schaffen und wettbewerbsfähige Konzepte
1127 entgegengesetzen. Für die oft geforderte Entflechtung von weltweit agierenden Digitalplattformen
1128 sieht die MIT zurzeit keine Veranlassung. Sie könnte dann erforderlich werden, wenn eine
1129 Plattform über eine irreversibel verfestigte Marktmacht verfügt. Solange jedoch eine Chance auf
1130 eine Belebung von Wettbewerbskräften besteht, ist von einem derart schwerwiegenden Eingriff in
1131 existierende Unternehmensstrukturen abzusehen. Bezüglich der Rechtsgrundsätze zur
1132 missbräuchlichen Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung sollten diese durch die
1133 zuständigen Wettbewerbsbehörden bei der Entscheidung von Einzelfällen weiter entwickelt
1134 werden. Neue digitale Geschäftsmodelle betreffen darüber hinaus nicht nur das nationale
1135 Wettbewerbsrecht. Deshalb müssen auch die europäischen Wettbewerbsvorschriften daraufhin
1136 überprüft werden, ob sie für das digitale Zeitalter unverändert angemessen sind.

1137

1138 Eine besondere Herausforderung stellt die Digitalisierung für den stationären Einzelhandel und die
1139 lokale Dienstleistungswirtschaft dar. Kartellbehörden und Gerichte versuchen aufkommende
1140 Konflikte anhand des bestehenden Wettbewerbsrechts zu bewerten und zu lösen. Die
1141 Zuständigkeit für die Neubewertung der Rahmenbedingungen für den E-Commerce liegt aber
1142 nicht in erster Linie bei diesen Institutionen. Die rasanten Innovationszyklen und die zunehmende
1143 Verschmelzung unterschiedlichster Wirtschaftsbereiche erfordern vielmehr eine nachhaltige
1144 ordnungspolitische Rahmensetzungen durch den Gesetzgeber, um in zentralen Fragen die
1145 wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen an die Entwicklung anzupassen. Dabei darf es
1146 jedoch nicht um die Intervention in Marktprozesse gehen. Wenn Verkaufsplattformen im Internet
1147 Nachfrage auf sich ziehen, neue Effizienzen schaffen und dadurch Märkte neu gestaltet werden,
1148 kann dies ein Beitrag zur preisgünstigen Versorgung der Verbraucher und zu wirtschaftlichem
1149 Wachstum darstellen. Die zunehmende Marktmacht von Online-Plattformen bedeuten für den
1150 Mittelstand aber auch neue Herausforderungen und mitunter auch die Sorge um die
1151 unternehmerische Existenz. Denn die digitalen Marktplätze lenken Kunden-Kontakte um und
1152 erhöhen zunehmend die Distanz zwischen der eigentlichen Wertschöpfung und dem Kunden. Auf
1153 Grund der starken Marktstellung der Online-Plattformen sind kleine und mittlere Unternehmen
1154 häufig gezwungen, sich in die Plattformen zu integrieren, wenn sie nicht vom Markt verschwinden
1155 wollen. Dieser Verlust des unmittelbaren Kundenkontakts hat seinen Preis, stellt für manchen
1156 Mittelständler die eigene Wirtschaftlichkeit in Frage und könnte daher auch zu einer

1157 Verminderung der Angebotsvielfalt führen. Es ist unsere Verantwortung, auf diese Problematik
1158 heute aufmerksam zu machen. In jedem Fall muss die unternehmerische Autonomie, über den
1159 Vertriebsweg für die eigenen Güter und Dienstleistungen bestimmen zu dürfen und seine
1160 Produkte mit entsprechendem Fachpersonal im persönlichen Beratungsgespräch anzubieten,
1161 ungeschmälert erhalten bleiben. Jeder Unternehmer sollte seine großen Chancen im Netz nutzen,
1162 aber kein Unternehmer sollte durch Behörden und Gerichte "in das Internet gezwungen werden".
1163

1164 Für Unternehmen fast aller Branchen ist es eine Schicksalsfrage, sich mit dem Thema
1165 Digitalisierung in seinen vielen Facetten intensiv zu beschäftigen. Sogar bisher Branchenfremde
1166 werden nun Wettbewerber – die Digitalisierung reißt Branchengrenzen nieder. Das Problem der
1167 möglichen Monopolisierung privater Märkte bleibt uns als Thema der Wettbewerbspolitik wie auch
1168 der Sicherung von Freiheit in den Gesellschaften der Zukunft erhalten.
1169

1170 **Die Kommunalisierung privatwirtschaftlicher Bereiche muss verhindert werden.**

1171 Die traditionell gute Partnerschaft zwischen Kommunen und Mittelstand ist derzeit gefährdet,
1172 denn es ist zu beobachten, dass kommunale Betriebe wieder verstärkt auf privatwirtschaftliche
1173 Märkte drängen und damit die existenziellen Interessen der mittelständischen Wirtschaft
1174 bedrohen. Denn der Wettbewerb zwischen privaten Unternehmen und kommunalen Betrieben
1175 kann niemals fair sein: Informationsvorsprünge, die Vermischung von hoheitlichen Aufgaben mit
1176 wirtschaftlicher Betätigung, der Einsatz von öffentlich finanzierter Infrastruktur, unterausgelastete
1177 Kapazitäten, mit denen zu nicht marktfähigen Preisen im Markt agiert werden kann sowie
1178 Unterschiede bei der Besteuerung, bei der steuerlichen Nutzung des sogenannten Querverbundes
1179 bis zum Konkursrecht verhindern dies. Die Kommunen handeln damit auch kurzfristig. Sie
1180 untergraben die Leistungsfähigkeit der regionalen Wirtschaft und werden ihre Haushaltsprobleme
1181 durch eine verstärkte wirtschaftliche Tätigkeit nicht lösen können. Wir fordern deshalb, dass die
1182 Gemeindeordnungen der Bundesländer die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen wieder
1183 strikt begrenzen und im Sinne der Subsidiarität der Privatwirtschaft den Vorrang vor einer
1184 öffentlichen Betätigung einräumen. Wenn neue kommunale Unternehmen gegründet werden oder
1185 bestehende kommunale Unternehmen neue Marktfelder erschließen wollen, sind die
1186 Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft zu beteiligen. Außerdem fordern wir, dass die
1187 Kontrolle von kommunalwirtschaftlicher Betätigung wirksam wahrgenommen wird, damit die
1188 Kommunen an Misswirtschaft und unlauterem Wettbewerb gehindert werden.
1189
1190
1191

1192 **Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen**

1193 Das Gesundheitswesen unterliegt unnötigen Wettbewerbsbeschränkungen, ist überreguliert und
1194 verhindert den Aufbau einer leistungsfähigen, innovativen Gesundheitswirtschaft, die im Dienste
1195 des Patienten steht. Wir fordern daher eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens, die
1196 eine individuelle Beitragshoheit der gesetzlichen Kassen schafft und den Handlungsspielraum für
1197 private Krankenversicherungen als Voll- oder Zusatzversicherung stärkt. Die Rechtsbeziehungen
1198 zwischen den Krankenkassen untereinander und gegenüber den Leistungserbringern wie Ärzten
1199 und Krankenhäusern sind dem allgemeinen Wettbewerbsrecht zu unterwerfen. Dabei dürfen
1200 allerdings die Kollektivverträge mittelständischer Leistungserbringer wie z.B. der
1201 Gesundheitshandwerke nicht immer stärker durch Selektivverträge verdrängt werden. Auch
1202 mittelständische Unternehmen müssen im Gesundheitssektor ihre Chance behalten. Die
1203 Möglichkeit der Krankenkassen, gemeinsam zu handeln, muss auf das gesundheitspolitisch
1204 unerlässliche Maß beschränkt werden, im Übrigen hat für sie das Kartellrecht zu gelten. Wir
1205 fordern darüber hinaus, dass die Pflichtmitgliedschaft bei den gesetzlichen
1206 Berufsgenossenschaften abgeschafft wird und dass stattdessen eine Wahlfreiheit bei privaten
1207 Versicherungsträgern eingeführt wird. Dazu müssen private Versicherungsträger als vollwertige
1208 Alternative zur Berufsgenossenschafts-Unfallversicherung zugelassen werden.

1209

1210 **Wer den Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt beschränkt, verhindert Beschäftigung.**

1211 Auch auf dem Arbeitsmarkt muss Wettbewerb herrschen, in dem Löhne wie Preise wirken und
1212 unerlässliche Signale für Arbeitgeber und Arbeitnehmer geben, welche Tätigkeiten produktiv sind,
1213 welche Qualifikationen nachgefragt werden und welche Berufe hohe Attraktivität besitzen. Für
1214 mehr Beschäftigung ist mehr Wettbewerb nötig, keinesfalls weniger. Dafür müssen die Anreize
1215 verändert werden, die es heute vielfach unattraktiv machen, Arbeit aufzunehmen oder
1216 Qualifikationen zu erwerben. Vor allem aber muss der Arbeitsmarkt selbst flexibler werden.
1217 Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass die Aushandlung von Löhnen und von
1218 Arbeitsbedingungen die Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Tarifsysteem sein muss.
1219 Das Tarifsysteem muss so angelegt sein, dass die Aushandlung der Löhne den
1220 Wettbewerbsbedingungen Rechnung trägt. Auf keinen Fall dürfen Tarifergebnisse, z.B. durch
1221 staatliche Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, dazu missbraucht werden, Wettbewerb zu
1222 verhindern.
1223 Wir bleiben deshalb grundsätzlich skeptisch gegenüber der Vorstellung, dass der Staat Mindest-
1224 oder Höchstlöhne festsetzen darf. Wir halten einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn
1225 weiterhin für grundsätzlich falsch, weil damit die Beschäftigung von niedrig Qualifizierten
1226 erschwert wird und prekäre Solo-Selbständigkeit forciert wird.

1227 Die Arbeitsvermittlung muss im und für den Wettbewerb erfolgen.

1228 Die Vermittlung von Arbeitslosen muss effizienter werden. Das kann vor allem dann gelingen,
1229 wenn der Arbeitsmarkt flexibler und damit aufnahmefähiger wird. Dazu gehört auch, dass private
1230 Arbeitsvermittlung als Alternative und Ergänzung zu Arbeitsagenturen und Jobcentern gestärkt
1231 werden. Zugleich brauchen die Arbeitsagenturen und Jobcenter verwaltungs- und
1232 personalrechtliche Rahmenbedingungen, unter denen sie ihre Entwicklung von einer hoheitlichen
1233 Arbeits- und Sozialverwaltung hin zu einem unternehmerisch handelnden Dienstleister
1234 vorantreiben können.

1235 Wir halten es auch für erforderlich, dass der dezentrale und wettbewerbliche Ansatz bei der
1236 Lösung arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Probleme vor Ort gestärkt wird. Ein Ansatz dafür ist,
1237 dass die Kommunen bei der SGB II-Organisation ein Wahlrecht erhalten und selbst entscheiden
1238 können, ob sie Langzeitarbeitslose im Rahmen des bundesweiten Optionsmodells in Eigenregie
1239 oder in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit betreuen wollen.

1240 Zu den notwendigen Schritten gehört auch, dass ineffiziente arbeitsmarktpolitische Programme
1241 schnellstmöglich auslaufen und dass die Vermittlung in den privatwirtschaftlichen Bereich Vorrang
1242 haben muss. Arbeitsagenturen und Jobcenter brauchen mehr Entscheidungsautonomie und
1243 Finanzverantwortung für individuell passgenaue Integrationsangebote und dürfen nicht am
1244 Gängelband von abstrakten Programmzielen zu letztlich ineffizienten Entscheidungen getrieben
1245 werden.

1246 Es muss bei der Organisation der Arbeits- und Sozialverwaltung auch stärker darauf geachtet
1247 werden, dass „Fordern“ und „Fördern“ tatsächlich zusammenwirken. Wenn Geldleistungen oder
1248 Bildungsangebote von derselben Einrichtung erbracht werden, die auch durch
1249 Eingliederungsvereinbarungen oder Sanktionen das Engagement des Leistungsempfängers
1250 einfordert, dann sind die Chancen für eine schnelle und erfolgreiche Arbeitsmarktintegration am
1251 größten. Der Anreiz für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung muss für
1252 Leistungsempfänger spürbar erhöht werden. Durch großzügigere Freibetragsregelungen können
1253 Leistungsempfänger dazu motiviert werden, mehr zu arbeiten und in die finanzielle
1254 Selbständigkeit geführt zu werden.

1255

1256 Verbraucherschutz muss als wettbewerbspolitische Aufgabe verstanden werden.

1257 Für den Wettbewerb in der Sozialen Marktwirtschaft ist der freie und mündige Verbraucher eine
1258 unverzichtbare Instanz, denn er ist es, der mit seinen Kaufentscheidungen im tagtäglichen Plebiszit
1259 des Marktes Wertentscheidungen trifft und damit die ethische Qualität des Wirtschaftens
1260 maßgeblich steuern kann. Verbraucherverhalten muss deshalb zum festen Bestandteil der
1261 ökonomischen Bildung werden.

1262

1263 Die Freiheit des Verbrauchers bei seinen Konsumententscheidungen darf grundsätzlich nicht durch
1264 staatliche Intervention beschränkt werden. Ein Eingriff des Staates in die Konsumfreiheit des
1265 Verbrauchers kann nur akzeptiert werden, wenn es für den Schutz der Gesundheit, das Vermeiden
1266 von Gefahren oder für den Schutz vor Täuschung und Übervorteilung erforderlich ist.
1267 Verbraucherschutz darf den Verbraucher nicht entmündigen, sondern muss ihn darin bestärken,
1268 nach eigenen Präferenzen Entscheidungen zu treffen.

1269

1270 Staatliche Rahmenbedingungen wie die Definition von Informations- und Haftungspflichten sind
1271 erforderlich, damit ein fairer Leistungswettbewerb möglich ist und sich Anbieter und Verbraucher
1272 auf dem Markt auf Augenhöhe begegnen. Damit unlauterer Wettbewerb durch Verbraucherschutz
1273 verhindert werden kann, ist es wichtig, dass die Rechte der Verbraucher und die Pflichten der
1274 Produzenten und Händler eindeutig, klar und verständlich formuliert sind. Informations- und
1275 Haftungspflichten müssen in Zeiten des Internethandels und komplexer
1276 Finanzmarktdienstleistungen mit der Dynamik von Märkten und Produkten mithalten, damit der
1277 Verbraucher möglichst leicht Zugang zu den für ihn wesentlichen Informationen erhält.
1278 Verbraucherpolitik ist Teil der Wettbewerbspolitik und darf den freien Leistungswettbewerb nicht
1279 schwächen. Deshalb ist es wichtig, dass Regeln und Pflichten der Verbraucherinformation so
1280 ausgestaltet werden, dass sie auch von kleinen und mittleren Unternehmen unter zumutbarem
1281 Aufwand eingehalten werden können.

1282

1283

1284 **3.6. Eine ordnungspolitische Wende für die „Energiewende“**

1285

1286 **Auch nach der „Energiewende“ muss die Energieversorgung sicher und bezahlbar** 1287 **bleiben.**

1288 Bezahlbare und sichere Energie ist Voraussetzung erfolgreichen Wirtschaftens und deshalb gerade
1289 in einem Land wie Deutschland, das nach wie vor über eine starke industrielle Basis mit hoher
1290 Wertschöpfung und mit großem Arbeitsplatzangebot verfügt, für Unternehmen wie Verbraucher
1291 unverzichtbar. Durch die „Energiewende“ wurden allerdings die politischen Prioritäten verschoben.
1292 In der Umsetzung der „Energiewende“ werden seit 2011 neben Kernkraftwerken auch modernste
1293 konventionelle Kraftwerke stillgelegt, weil sie durch die umweltpolitisch motivierten Preiseingriffe
1294 ihre Wirtschaftlichkeit verloren haben. Vielfach sind es energiewirtschaftliche Gründe, die in der
1295 deutschen Industrie seit 2008 Jahr für Jahr dazu führen, dass die Abschreibungen höher als die
1296 Investitionen ausfallen. Schon heute reagieren energieintensive Unternehmen, indem sie sich für
1297 neue Produktionsstandorte außerhalb Deutschlands entscheiden, um Energiekosten zu sparen und

1298 unter verlässlicheren politischen Rahmenbedingungen zu arbeiten. Die De-Industrialisierung droht
1299 nicht, sie findet statt. Dabei hat sich nach der Finanzmarktkrise 2008 gezeigt, wie wichtig die
1300 industrielle Basis für die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands ist. Deutschland und Europa
1301 brauchen eine Reindustrialisierung. Die drei Oberziele der „Energiewende“ - Umwelt- und
1302 Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit – sind neu zu justieren. Dies gilt erst
1303 recht, wenn man bedenkt, dass die Versorgungssicherheit durch die starke Abhängigkeit von
1304 russischen Gasvorkommen sicherheitspolitisch gefährdet ist.

1305

1306 **Das Fördersystem für erneuerbare Energien gefährdet die Netzstabilität und verteuert**
1307 **den Strom in unzumutbare Maße.**

1308 Das größte energiepolitische Problem ist derzeit das marktferne und wohlstandszerstörende
1309 Fördersystem für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien nach dem EEG. Es ist rein
1310 national ausgerichtet und trägt weder der europaweiten Verflechtung des Energiemarktes noch
1311 den grenzüberschreitenden Netzstrukturen oder der Klimapolitik der Europäischen Union
1312 Rechnung.

1313

1314 Das EEG von 2000 war und ist auch nach dem Beschluss von 2011 zum Ausstieg aus der
1315 Kernenergie beeindruckend erfolgreich, was den Klimaschutz angeht. Insbesondere das Ziel, den
1316 Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu steigern, wurde schneller erreicht als
1317 geplant. Jede zusätzliche Kilowattstunde aus Wind- und Sonnenenergie reduziert unsere
1318 Importabhängigkeit und verbessert die Klimabilanz. Der Preis dafür ist aber schädlich und unnötig
1319 hoch. Denn zum einen wird die Gewährleistung der Netzstabilität erschwert, und zum anderen
1320 wird der Strom verteuert. Deshalb treten wir für das Auflaufen des EEG ein.

1321

1322 **Die Subventionskultur führt auch zu unnötig hohen Kosten für die Vorhaltung von**
1323 **Reservekapazitäten und für den Netzausbau.**

1324 Energie wird auch deswegen teurer, weil der Ausbau der Wind- und Solarenergie einen
1325 zusätzlichen Aufwand für die Zuverlässigkeit unserer Stromversorgung erfordert. Wegen der
1326 unplanbaren Witterung müssen für wind- und sonnenfreie Stunden zusätzliche Kapazitäten von
1327 konventionellen Kraftwerken vorgehalten werden, die aber mit wachsendem Anteil von Wind- und
1328 Solarstrom auf immer geringere Erlöse kommen. Ein zunehmender Anteil dieser konventionellen
1329 Kraftwerkskapazität kann nicht mehr wirtschaftlich vorgehalten werden. Heute sind es
1330 Entschädigungszahlungen für behördliche Verbote, unwirtschaftlich gewordene Kraftwerke
1331 stillzulegen, morgen werden wir zusätzlich zur EEG-Umlage – Vorhaltevergütungen für
1332 stillstehende konventionelle Kraftwerke zahlen. Die Subventionierung der erneuerbaren Energien

1333 treibt auch die Kosten für den Netzausbau in die Höhe, denn auf diese Kosten müssen die
1334 Betreiber bei der Standortplanung keine Rücksicht nehmen.

1335

1336 **Wir brauchen eine ordnungspolitische Wende in der „Energiewende“ durch**
1337 **Eindämmung der Subventionen.**

1338 Die Subventionierung der erneuerbaren Energie ist bei aller guten Absicht ein erschreckendes
1339 Beispiel dafür, wie staatliche Interventionen in das Preisgefüge des Marktes eine Anmaßung von
1340 Wissen darstellen, die zu unabsehbaren Folgen führt und eine marktzerstörende
1341 Interventionsspirale in Gang setzen. Wir fordern daher eine ordnungspolitische Neuausrichtung
1342 der „Energiewende“. Solange erneuerbare Energien noch nicht marktreif sind, müssen wir
1343 verhindern, dass durch Subventionen der Strompreis immer weiter steigt. Langfristig muss es das
1344 Ziel sein, sich beim staatlich induzierten Preisanteil pro Kilowattstunde Strom dem EU-28-
1345 Durchschnitt anzupassen (aktuell 31 %).

1346

1347 **Wir brauchen auf dem Energiemarkt echte Preissignale für alle Akteure.**

1348 Es geht aber nicht nur darum, die Höhe der Subventionen einzudämmen. Es geht auch darum, dass
1349 Preissignale für alle Akteure – für die Verbraucher ebenso wie für die Energieerzeuger – wahrhaftig
1350 sind und die tatsächlichen Knappheiten anzeigen. Nur durch wahrhaftige Preise kann der Markt die
1351 richtigen Anreize setzen. Der Staat muss alles vermeiden, was zu einer Verfälschung der
1352 Preissignale führt. Zu einer ordnungspolitischen Reform der Energiepolitik gehört es deshalb
1353 insbesondere, dass alle Stromlieferanten Verantwortung für die Netzstabilität haben. Wer
1354 ungleichmäßig einspeist, muss die Kosten dafür übernehmen, dass die Stromeinspeisung
1355 insgesamt gleichmäßig und verlässlich der jeweiligen Nachfrage entspricht. Denn die
1356 Möglichkeiten zur Speicherung von Strom sind auf absehbare Zeit noch zu begrenzt. Ebenso muss
1357 die Förderung neuer Anlagen davon abhängig gemacht werden, welche Folgekosten dadurch für
1358 den Netzausbau entstehen. Um technische Innovationen möglich zu machen, muss für alle
1359 Fördermaßnahmen der Grundsatz der Technologieoffenheit gewahrt bleiben. Bisher bekommt die
1360 teuerste Erzeugungsart die höchste Förderung. Künftig muss die höchste Förderung auf die
1361 diejenige Erzeugungsart entfallen, die pro eingesetztem Euro den höchsten umweltpolitischen
1362 Nutzen hat. Nicht zuletzt muss die Förderung der erneuerbaren Energien an die europarechtlichen
1363 Rahmenbedingungen der Klimapolitik angepasst werden. Es darf nicht sein, dass die Einsparung
1364 von Emissionen in Deutschland dazu führt, dass der Ausstoß von Emissionen im europäischen
1365 Ausland billiger wird und damit die klimapolitische Gesamtbilanz der europäischen und nationalen
1366 Klimapolitik zu absurden Ergebnissen führt.

1367

1368 **Von einer stärkeren Ausrichtung des Energiemarktes auf den Mittelstand würden wir**
1369 **alle profitieren.**

1370 Wir erwarten von solchen Reformen hin zu einem wettbewerbsorientierten Energiemarkt nicht nur
1371 mehr Innovation und damit auf lange Sicht auch einen besseren Umwelt- und Klimaschutz als in
1372 einem System gesetzlich festgelegter Festvergütungen, sondern auch eine stärkere Kostensenkung
1373 und Dezentralisierung. Der Strommarkt in Deutschland wird nach wie vor von wenigen großen
1374 Anbietern, die aus den ehemaligen staatlichen Gebietsmonopolen hervorgegangen sind,
1375 dominiert. Wir setzen darauf, dass sich auch auf dem Energiesektor eine stärkere Ausrichtung auf
1376 den Mittelstand auszahlt. Der Mittelstand könnte unter fairen ordnungspolitischen
1377 Rahmenbedingungen eine größere Rolle als Anbieter neuer wettbewerblicher Lösungen, als
1378 Stromkunde und als Zulieferer der Industrie spielen und von solchen Reformen profitieren.

1379

1380

1381 **3.7. Bildung als Standortvorteil erkennen und stärken**

1382

1383 **Bildung ist Zukunft**

1384 Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit in einem
1385 selbstbestimmten Leben. Nur wer eine ganzheitliche Bildung und Erziehung erfahren
1386 hat, kann an den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen und am gesellschaftlichen,
1387 kulturellen und politischen Leben umfassend teilnehmen und teilhaben. Vor diesem Hintergrund
1388 ist Bildung ein herausragendes Gemeinschaftsgut, welches eine staatliche Schulpflicht als
1389 notwendige Beschränkung der Freiheit rechtfertigt.

1390 In der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft wird jedem Einzelnen ein zunehmend
1391 höheres Maß an Kenntnissen und Fähigkeiten abverlangt. Bildung gibt dabei
1392 Orientierungsmöglichkeiten und ist die Grundlage zur Entwicklung von Fach-, Methoden- und
1393 Sozialkompetenz. Sie ist damit das Fundament für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen
1394 Aufschwung unseres Landes.

1395

1396 **Das Bildungswesen muss innovationsorientierter werden.**

1397 Zukunftsfähigkeit und Innovation setzen Bildung und Qualifizierung voraus. Unabdingbar ist der
1398 solide Erwerb von elementaren Fertigkeiten des Lesens, Schreibens, des Rechnens und einer
1399 lebenslangen Lernkultur als Grundlage. Die Absolventen des allgemeinbildenden Schulwesens
1400 müssen uneingeschränkt ausbildungs- und studierfähig sein. Das duale System der beruflichen
1401 Bildung ist auch aus innovationspolitischer Hinsicht ungeheuer wertvoll, weil es eine wettbewerbs-
1402 und praxisnahe, aus der Erfahrung gewonnene Form des Lernens ist und mehr als ein akademisches

1403 Studium Leistungsorientierung, Disziplin, Experimentierfreude, Verantwortungssinn und
1404 Flexibilität vermittelt. Daran kann und muss sich auch das Studium an Fachhochschulen und
1405 Universitäten stärker orientieren. Nötig ist für alle Studierenden eine breite, solide Bildung, die in
1406 eine praxisnahe Fortbildung führt. Die besonderen Stärken des Studiums, um die Deutschland in
1407 der Vergangenheit beneidet wurde und im Zuge des Bologna-Prozesses weitgehend aufgegeben
1408 wurden, müssen so weit wie möglich revitalisiert werden: die intensive Vermittlung von
1409 Grundlagen und die Verbindung von Forschung und Lehre im humboldtschen Geist. Aber es
1410 müssen auch neue Dinge hinzukommen: An den Universitäten muss die Grundlagenforschung
1411 mehr als bisher gestärkt, Anwendungsbezug in der Lehre verbessert, die Interdisziplinarität
1412 gefördert und auf das Arbeiten in Teams Wert gelegt werden. Studierende brauchen und
1413 wünschen ein breites Fundament und dürfen nicht zu früh in eine hochgradige Spezialisierung
1414 getrieben werden. Zu dem erforderlichen Grundlagenwissen gehört digitales Können. Wie Lesen,
1415 Schreiben und Rechnen stellt dieses für alle Fächer eine unverzichtbare Kompetenz dar, die auf
1416 breiter Basis angehoben werden muss. Besondere Anstrengungen verlangt die Ausbildung von
1417 Studierenden in den MINT-Fächern. Da im Zuge der Digitalisierung Innovationen wesentlich
1418 stärker als bisher anwendungsbezogen und netzwerkgebunden sind, müssen
1419 Ingenieurwissenschaften und Informatik stärker miteinander verzahnt werden. Ausreichend
1420 qualifizierter Nachwuchs aus diesen Fächern ist ein echter Engpassfaktor für Innovation, denn aus
1421 ihm rekrutieren sich viele der neuen Unternehmer. Bildungspolitische Innovationen müssen daher
1422 mit Blick auf diese Gruppe auch durch eine Einwanderungspolitik ergänzt werden, die junge
1423 Menschen zur Qualifizierung und zur unternehmerischen Verantwortung in Deutschland einlädt.

1424

1425 **Das Bildungswesen muss autonomer und wettbewerblicher werden.**

1426 Spitzenforschung wird sich auf wenige Universitäten konzentrieren müssen. Deutsche
1427 Universitäten leiden nach wie vor unter einer hohen Zahl von Studienabbrechern. Das nimmt allen
1428 Beteiligten Motivation, Ressourcen und Zeit, die für anderen Ziele und Zwecke fehlen. Die
1429 Auswahl von Studienanfängern muss daher sorgfältiger erfolgen, Studieninteressenten müssen
1430 auch die Alternative oder den Umweg einer beruflichen Ausbildung abwägen, Studienabbrecher
1431 müssen Wege in eine marktfähige Qualifikationsalternative finden können. 17.000
1432 unterschiedliche Bachelor- und Master-Studienabschlüsse in Deutschland sind zu viel. Das
1433 Bildungswesen wird solche und andere Herausforderungen bewältigen, wenn es durch strukturelle
1434 Reformen der Rahmenbedingungen dazu befähigt wird. Innovationsprozesse im Bildungswesen
1435 sind vor allem über eine stärkere Autonomie der Universitäten hinsichtlich ihrer Profilbildung und
1436 ihrer Finanzierung zu erwarten. Die Wiedereinführung von Studiengebühren ist dafür hilfreich.
1437 Vertrauen und Transparenz sind dabei notwendige Ergänzungen, nicht dagegen Formalisierung

1438 und Kontrolle. Es darf keinen verschärften Dirigismus der Wissenschaftspolitik geben, sondern
1439 einen wirksamen, auf starker Selbstverwaltung beruhenden Wettbewerb der Universitäten.
1440 Vorfahrt für duale Studiengänge führt zu mehr Praxis-Relevanz und zu vermehrten Chancen der
1441 Studienabsolventen am Arbeitsmarkt.

1442

1443 **Wir sind stolz auf die große Tradition der beruflichen Bildung in Deutschland.**

1444 Für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft ist die deutsche Tradition der beruflichen Bildung von
1445 herausragender Bedeutung. Vor allem der Mittelstand ist eng mit dem historisch gewachsenen
1446 System der beruflichen Bildung verknüpft. Er schöpft daraus auch einen großen Teil seiner
1447 Identität und trägt dieses System durch ein eindrucksvolles ehrenamtliches Engagement in der
1448 wirtschaftlichen Selbstverwaltung und Prüfungsorganisation mit. Das duale Ausbildungssystem ist
1449 zugleich eine besondere Ausprägung des Subsidiaritätsprinzips, weil es zuallererst die privaten
1450 Akteure der Wirtschaft sind, die Inhalt und Organisation der Ausbildung in der Hand haben,
1451 während der Staat - abgesehen von seiner Aufgabe als Träger von Berufsschulen - nur die Rolle des
1452 Regelsetzers und Schiedsrichters wahrnimmt. Berufliche Bildung zeichnet sich durch eine
1453 besondere Marktnähe der Ausbildung aus. Es ist der Wettbewerb, der als Qualifizierungsverfahren
1454 für künftige Unternehmer und Fachkräfte wirksamer und lebensnäher ist als jede schulische oder
1455 akademische Bildung. Duale Ausbildung vermittelt Erfahrungswissen in und für die Praxis von
1456 Generation zu Generation weiter und unterscheidet sich daher grundlegend von dem
1457 theoretischen Wissen im schulischen und akademischen Sinne. Duale Ausbildung hat schließlich
1458 auch weit über ihren ökonomischen und pädagogischen Nutzen hinaus eine enorme
1459 gesellschaftspolitische Bedeutung. Ohne die berufliche Bildung wären der Aufstieg bildungsferner
1460 Schichten und die Integration von Zuwanderern kaum leistbar. Das ist eine große sozialpolitische
1461 Leistung, die die Sozialen Marktwirtschaft als eine Ordnung von Freiheit und Verantwortung
1462 hervorbringt und die durch kein wohlfahrtsstaatliches Aktionsprogramm so hervorragend gelingen
1463 könnte.

1464

1465 **Berufliche Bildung gerät durch den bildungspolitischen Akademisierungswahn unter 1466 Druck.**

1467 Zwar hat das Ansehen der beruflichen Bildung in den letzten Jahren stark zugenommen, so dass
1468 inzwischen viele europäische Partnerländer an dem Erfolg des deutschen Modells interessiert sind.
1469 Aber die berufliche Bildung ist stark unter Druck geraten. Dies schlägt sich vor allem darin nieder,
1470 dass die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den vergangenen Jahren
1471 kontinuierlich gesunken ist. Dies liegt nicht nur an der allgemeinen demographischen Entwicklung,
1472 die zu einem Rückgang der Zahl der Schulabsolventen führt, sondern liegt auch daran, dass der

1473 Anteil von Schulabsolventen mit Hochschulzugangsberechtigung wächst und diese sich immer
1474 häufiger für ein akademisches Studium statt für eine Berufsausbildung entscheiden. Infolgedessen
1475 tun sich die Betriebe immer schwerer, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen und damit den
1476 Fachkräftebedarf der gewerblichen Wirtschaft zu decken. Ein zunehmendes Problem ist nach den
1477 Erfahrungen der Betriebe auch, dass viele Schulabsolventen für eine Ausbildung nicht ausreichend
1478 geeignet sind. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele Ausbildungsberufe aus Sicht der
1479 Jugendlichen als nicht attraktiv genug erscheinen.

1480 Der Druck auf das berufliche Bildungssystem ist nicht zuletzt eine Folge einer feindlichen
1481 Bildungsphilosophie, die seit den 1960er Jahren ihre Spuren hinterlassen hat. Die viel diskutierte
1482 Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren zielte im Wesentlichen auf eine Zurückdrängung der
1483 beruflichen Bildung und auf eine Expansion der akademischen Bildung ab. Vor allem die OECD und
1484 die EU neigen dazu, der akademischen Qualifikation den Vorzug zu geben. Insbesondere kommt
1485 dies in dem bildungspolitischen Ziel zum Ausdruck, den Anteil der Abiturienten an den
1486 Schulabsolventen weiter zu erhöhen und einen immer höheren Anteil eines Jahrgangs zu einem
1487 Studienabschluss zu bringen. Berufliche Bildung gilt nach dieser Philosophie als minderwertig. Wir
1488 dagegen plädieren dafür, die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung
1489 anzuerkennen.

1490

1491 **Der Fachkräftemangel wird in nicht-akademischen Berufen am gravierendsten sein.**

1492 Prognosen zur Entwicklung gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr
1493 Akademiker neu in den Arbeitsmarkt eintreten als altersbedingt ausscheiden. Bei Berufen, die sich
1494 aus der dualen Ausbildung rekrutieren, verhält es sich umgekehrt: Hier scheiden deutlich mehr
1495 Fachkräfte vom Arbeitsmarkt aus als frisch Ausgebildete zur Verfügung stehen. Der
1496 Fachkräftemangel wird sich also vor allem bei denjenigen Berufen stellen, die auf der dualen
1497 Ausbildung basieren. Dagegen ist fraglich, ob sich für die vielen akademischen Absolventen
1498 adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben werden, zumal die gewählten Studienfächer oft
1499 nicht dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt entsprechen. Wir müssen also ein großes Interesse daran
1500 haben, die berufliche Bildung attraktiver zu machen und die berufliche Qualifizierung junger
1501 Menschen besser an dem Bedarf des Arbeitsmarktes auszurichten. Eine pauschale Forderung nach
1502 mehr Akademikern ist dafür eher hinderlich.

1503

1504 **Berufliche Bildung muss für viele Zielgruppen attraktiver werden.**

1505 Um das System der beruflichen Bildung leistungsfähiger zu machen, muss es attraktiver werden.
1506 Das gilt insbesondere für die Gruppe derjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben.
1507 Denn in vielen Ausbildungsberufen sind infolge des technischen Wandels die Anforderungen

1508 derart gestiegen, dass die Betriebe wirklich leistungsstarke Jugendliche als Nachwuchskräfte
1509 brauchen. Auch Studienaussteiger sind eine wertvolle Zielgruppe, die durch geeignete Angebote
1510 und Informationsmöglichkeiten noch für eine berufliche Ausbildung gewonnen werden sollten, um
1511 ihnen auf diesem Wege eine gute Lebensperspektive zu erschließen.

1512 Es ist die Aufgabe der Unternehmer, gemeinsam mit ihren Tarifpartnern, attraktive Arbeits- und
1513 Entlohnungsbedingungen zu erreichen, um die Attraktivität der Berufe zu verbessern. Es wird in
1514 Zukunft auch sehr darauf ankommen, berufliche und akademische Ausbildung miteinander zu
1515 verzahnen, z.B. durch den Ausbau von dualen Studiengängen, die die Absolvierung einer Gesellen-
1516 und Meisterprüfung mit einem B.A.-Abschluss verknüpfen. Damit ist gewährleistet, dass berufliche
1517 Ausbildung keine Qualifizierungssackgasse ist, sondern dass sie für jeden, der leistungsbereit ist,
1518 zum Ausgangspunkt einer individuellen Qualifikationsbiographie werden kann. Hier sind die
1519 gewerbliche Wirtschaft und die Fachhochschulen und Universitäten aufgefordert, gemeinsam
1520 innovative, marktorientierte Produkte und Angebote der Fort- und Weiterbildung zu entwickeln.

1521

1522 **Die politischen Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung müssen verbessert**
1523 **werden.**

1524 Es sind in erster Linie die Unternehmen und ihre Verbände und Kammern, die für die Attraktivität
1525 der beruflichen Bildung verantwortlich sind und daran ein ureigenes Interesse haben müssen. Aber
1526 es kommt auch auf eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen an. So muss die
1527 frühzeitige Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen sichergestellt werden. Auch
1528 Abiturienten sollten neben einer umfassenden Studienorientierung auch eine umfassende
1529 Berufsorientierung erhalten, in der sie das gesamte Spektrum der Berufe kennenlernen und über
1530 die spezifischen Möglichkeiten der beruflichen Bildung informiert werden. Zudem müssen
1531 berufliche Ausbildung und Fortbildung besser miteinander verzahnt werden. Besonders
1532 leistungsfähigen Nachwuchskräften müssen attraktive und direkte Karrierewege eröffnet werden.
1533 Duale Berufsausbildung und Fortbildung müssen als Einheit gesehen und gegenüber einem
1534 Hochschulstudium als gleichwertiger beruflicher Bildungsweg herausgestellt werden. Der
1535 Deutsche Qualifikationsrahmen bietet dafür bereits eine gute Grundlage. Besondere
1536 Verantwortung hat der Staat als Träger von beruflichen Schulen und in der Ausbildung von
1537 Berufsschullehrern. In vielen gewerblichen Fächern ist die Lehrerversorgung nicht ausreichend, so
1538 dass es zu hohem Unterrichtsausfall kommt. Hier sind die Bundesländer gefordert, für eine bessere
1539 personelle und sachliche Ausstattung zu sorgen und eine vorausschauende Standortpolitik für
1540 Berufsschulen zu gewährleisten.

1541

1542

1543 **Ungenutzte Bildungspotentiale müssen besser ausgeschöpft werden.**

1544 Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre gehört es auch, dass die Bildungspotentiale von
1545 Schulabsolventen besser ausgeschöpft werden. Die Betriebe werden größere Anstrengungen
1546 unternehmen müssen, auch solchen Jugendlichen eine Chance zu geben, die von ihnen bisher nicht
1547 als primäre Zielgruppe bei der Rekrutierung ihres Nachwuchses betrachtet wurden. Wir müssen
1548 wieder mehr Betriebe davon überzeugen, dass sie aus eigenem Interesse größere Anstrengungen
1549 für die Ausbildung des Nachwuchses aufbringen. Vor allem kleine Betriebe, die sich in den letzten
1550 Jahren überdurchschnittlich aus dem Ausbildungsengagement zurückgezogen haben, müssen
1551 hierfür neu motiviert werden und durch ihre Verbände und Kammern wirkungsvoll unterstützt
1552 werden. Gut koordinierte Image- und Werbekampagnen können dazu einen Beitrag leisten. Auch
1553 ohne Bestnoten in der Schule kann jemand eine gute und leistungsstarke Fachkraft werden. Aber
1554 Ausbildungsbetriebe, die sich darauf einlassen, brauchen eine gezielte Unterstützung, z.B. durch
1555 verstärkten Einsatz von assistierten Ausbildungsmodellen und ausbildungsbegleitenden Hilfen, die
1556 auch den besonderen Bedürfnissen von kleinen Betrieben Rechnung tragen.

1557

1558

1559

1560 **3.8 Menschen für die Soziale Marktwirtschaft werben und begeistern: Einwanderung**
1561 **nach unseren Werten und Interessen gestalten.**

1562

1563 **Das Recht auf Freizügigkeit und das Recht auf Asyl sind für uns unverzichtbarer**
1564 **Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft.**

1565 Die Freiheit und Würde des Menschen umfasst für uns auch das Recht auf Freizügigkeit und das
1566 Recht auf Asyl. Beide Grundrechte dürfen nur aus wichtigen Gründen beschränkt werden.
1567 Als freiheitliches Land haben wir die humanitäre Verantwortung, politisch Verfolgte, die Schutz
1568 suchen, aufzunehmen und ihnen eine sichere Lebensperspektive anzubieten. Dieser
1569 Verantwortung müssen wir in der Europäischen Union gemeinsam mit den anderen
1570 Mitgliedstaaten gerecht werden. Dazu gehört auch, dass wir unsere Hilfe anbieten müssen, damit
1571 die politische Stabilität und der wirtschaftliche Wohlstand in den Herkunftsländern wieder
1572 zunehmen und die Menschen in ihrer Heimat wieder eine Lebensperspektive finden. An diesem
1573 Anspruch müssen wir uns angesichts der wachsenden Flüchtlingsströme an den Rändern Europas
1574 messen lassen.

1575 Innerhalb der Europäischen Union ist für viele Menschen das Recht, den Wohnsitz frei zu wählen,
1576 eine Selbstverständlichkeit geworden. Das ist nicht nur unmittelbarer Ausdruck der Würde und
1577 Autonomie des Menschen. Wo Menschen Grenzen überwinden können und wählen können, in

1578 welcher Rechts- und Wirtschaftsordnung sie leben wollen, dient dies auch dem politischen und
1579 ökonomischen Wettbewerb.

1580

1581 **Deutschland ist kein klassisches Einwanderungsland, hat aber eine vielfältige**
1582 **Zuwanderungsgeschichte.**

1583 Deutschland ist zwar kein klassisches Einwanderungsland wie die USA, Kanada und Australien.
1584 Aber als Land in der Mitte Europas hat es in seiner Geschichte immer wieder große
1585 Wanderungsbewegungen erlebt. Religiöse Flüchtlinge, Vertriebene und Aussiedler deutscher
1586 Staatsangehörigkeit und freiwillige Zuwanderer aus anderen Nationen haben im Laufe der Zeit viel
1587 zum kulturellen Reichtum und zum ökonomischen Wohlstand unseres Landes beigetragen und
1588 wurden somit zu einem festen Bestandteil unserer nationalen Kultur.

1589 In Deutschland sind viele global tätige Unternehmen ansässig, die längst daran gewöhnt und
1590 darauf angewiesen sind, dass sie in vielen Ländern der Welt tätig sind und Mitarbeiter aus all
1591 diesen Ländern mit ihren beruflichen Qualifikationen und ihren kulturellen Erfahrungen für sich
1592 gewinnen. Die Marktposition vieler Unternehmen leitet sich aus ihren hochinnovativen Produkten
1593 und Dienstleistungen ab, die sie nur mit hochqualifizierten Fachkräften erbringen können. In
1594 Zeiten des demographischen Wandels können wir uns aber immer weniger darauf verlassen, diesen
1595 Bedarf aus der eigenen Bevölkerung zu decken. Deswegen haben wir uns schon früh für eine
1596 Liberalisierung der Zuwanderung ausgesprochen, um dem Fachkräftebedarf in Deutschland
1597 gerecht zu werden.

1598

1599 **Humanitäres Asylrecht und ökonomisch gesteuerte Einwanderung sind zwei**
1600 **eigenständige Seiten der Zuwanderung.**

1601 Wir treten für eine klare Unterscheidung ein: Wir bejahen unmissverständlich das Recht auf Asyl
1602 für jedermann, der politisch verfolgt wird, und fordern deswegen eine humanitär
1603 verantwortungsvolle Asylpolitik im Gesamtkontext der Europäischen Union. Daneben brauchen
1604 wir ein zeitgemäßes Instrumentarium, um andere Arten von Zuwanderung zu steuern. Hierbei hat
1605 Deutschland großen Nachholbedarf. Wir müssen den Mut haben, klar zu sagen, welche Art von
1606 Zuwanderung Probleme mit sich bringt und die Akzeptanz für eine offene Gesellschaft gefährdet.
1607 Wir müssen aber auch den Mut haben, klar zu sagen, welche Art von Zuwanderung in unserem
1608 Interesse liegt, und dafür Akzeptanz in der Bevölkerung schaffen.

1609

1610

1611

1612

1613 **Es geht nicht um die Zuwanderung von Beitragszahlern, sondern von Menschen.**

1614 Wir müssen uns darüber klar werden, dass es uns nicht um die Zuwanderung von Arbeitskräften
1615 oder Beitragszahlern geht, sondern um Menschen mit all ihren Werten, Begabungen und
1616 Fähigkeiten.
1617 Zuwanderung und Integration werden am ehesten gelingen, wenn Menschen zu uns kommen und
1618 bei uns bleiben wollen, die die kulturellen Voraussetzungen unserer Wirtschafts- und
1619 Gesellschaftsordnung bejahen. In diesem Sinne geht es nicht nur darum, dass wir solche
1620 Zuwanderer gewinnen, die grundsätzlich zur Integration bereit sind. Es geht auch nicht nur darum,
1621 dass wir eine wie auch immer geartete Willkommenskultur anbieten. Wenn wir
1622 Integrationsbereitschaft einfordern, müssen wir zunächst einmal uns selbst Rechenschaft darüber
1623 ablegen, welche Werte uns wichtig sind und auf welchen Institutionen unsere Freiheit und unser
1624 Wohlstand beruhen. Wir müssen nach außen sichtbar machen, dass Deutschland durch sein
1625 Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft attraktiv ist. Wir müssen Menschen in anderen Ländern, die
1626 diese Werteordnung bejahen, dazu einladen, sich bei uns einzubringen und durch ihren
1627 Leistungswillen und ihre Verantwortungsbereitschaft Teil einer politischen und wirtschaftlichen
1628 Erfolgsstory in und aus Deutschland zu werden. Nur wenn wir ein solches positives
1629 Selbstverständnis formulieren und nach außen darstellen, kann es uns gelingen, für Zuwanderer
1630 interessant zu sein, die uns in jeder Hinsicht bereichern können. Wir müssen uns nicht nur fragen,
1631 welche Zuwanderer wir wollen, sondern auch, was uns für Zuwanderer attraktiv macht.

1632

1633 **Die bisherigen Instrumente für Zuwanderung und Integration müssen in einem**
1634 **künftigen „Einwanderungsgesetz“ gebündelt und verbessert werden.**

1635 Die Instrumente der Zuwanderungspolitik, die in den letzten fünfzehn Jahren geschaffen wurden,
1636 müssen weiterentwickelt werden. Die Öffnung der Zuwanderung nach Verdienstgrenzen war ein
1637 erster Schritt. Aber inzwischen haben wir gelernt, dass wir Bedarf an Zuwanderung nicht nur im
1638 Bereich von gut bezahlten Hochqualifizierten haben, sondern dass auch bei Berufen anderer
1639 Qualifikationsstufen längst Engpässe aufgetreten sind. Wenn wir eine ökonomisch sinnvolle
1640 Zuwanderung wollen, sollten letztlich die Unternehmen selbst entscheiden, welche Fachkräfte sie
1641 benötigen. Staatlich definierte Verdienstuntergrenzen oder Kataloge von Berufen sind für eine
1642 ökonomisch vernünftige Steuerung letztlich ungeeignet. Die Unternehmen müssen dann allerdings
1643 anders als in den 1960er und 1970er Jahren gegenüber den „Gastarbeitern“ auch einen spürbaren
1644 Beitrag zu einer Integrationskultur leisten.

1645 Wir treten deshalb dafür ein, die bisherigen Instrumente der Zuwanderungs- und
1646 Integrationspolitik kritisch zu überprüfen und in einem künftigen „Einwanderungsgesetz“ zu
1647 klären, wie Zuwanderung auf die wechselnden Bedürfnisse des Arbeitsmarktes angepasst werden

1648 kann, wie wir erfolgreiche Zuwanderer auch zum dauerhaften Bleiben gewinnen können. Damit
1649 eröffnen wir uns nicht nur die Chance, unsere Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen, sondern
1650 wir können auch die Probleme, die eine ungesteuerte Zuwanderung notwendigerweise mit sich
1651 bringt, besser in den Griff bekommen und damit auf lange Sicht auch die Akzeptanz für
1652 Zuwanderung in der Bevölkerung erhöhen.

1653

1654 **Integration darf kein bloßes Anhängsel der Sozialpolitik sein, sondern ist Ausdruck**
1655 **einer offenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.**

1656 Es ist deshalb auch ein großes Missverständnis, wenn Integrationspolitik nur als Anhängsel der
1657 Sozialpolitik verstanden wird. Längst haben wir in Deutschland viele Zuwanderer, die als
1658 Unternehmer oder als Fachkräfte wesentlich zum Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft beitragen.
1659 Viele von ihnen haben die Erfahrung gemacht, dass Berufstätigkeit und berufliche Qualifizierung
1660 der beste Weg zu einer gelungenen Integration sind. Sie brauchen keine sozialpolitische
1661 Bevormundung durch den Staat, sondern eine wirksame Ausrichtung der Wirtschafts-, Bildungs-
1662 und Arbeitsmarktpolitik auf ihre Interessen als Unternehmer und Beschäftigte. Sie verstehen
1663 Integration nicht als nahtlose und unauffällige Anpassung an eine vorgegebene Ordnung, sondern
1664 wollen mit ihren Begabungen und mit ihrer Verantwortungsbereitschaft Sichtbares und
1665 Eigenständiges leisten. Darin liegt ein großes Potential für uns alle. Staat, Kammern und Verbände
1666 sind gut beraten, die ausgetretenen Pfade der sozialpolitisch verstandenen Integrationspolitik zu
1667 verlassen und sich mit ihren Rahmenbedingungen und Angeboten besser auf diese vielfältige
1668 Unternehmens- und Beschäftigungskultur in Deutschland einzulassen.

1669

1670

1671

1672 **3.9. Die Altersvorsorge auf den demographischen Wandel vorbereiten und gerecht**
1673 **modernisieren**

1674

1675 **Demokratien müssen die Tragfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme sicherstellen.**

1676 Für die Menschen, die in der Sozialen Marktwirtschaft durch ihre Leistungsbereitschaft für
1677 Wohlstand und Beschäftigung sorgen, gehört die Absicherung der Risiken des Lebens und die
1678 Vorsorge fürs Alter zu den grundlegenden Bedürfnissen. Im Geiste der Subsidiarität muss es
1679 hierbei zuallererst darum gehen, den Menschen Freiräume und Anreize zur rechtzeitigen und
1680 ausreichenden Eigenvorsorge durch Vermögensbildung, individuelle Versicherungen oder durch
1681 genossenschaftlich organisierte Solidarität zu geben. In zweiter Linie ist der Staat in der

1682 Verantwortung, soziale Sicherungssysteme zu unterhalten, auf deren Fairness und Tragfähigkeit
1683 sich die Menschen verlassen können.

1684 Wir alle wissen, dass der demographische Wandel unser tradiertes System der Altersvorsorge einer
1685 großen Belastungsprobe aussetzt und rechtzeitige Reformen verlangt. Die steigende Belastung
1686 durch die Beitragspflichten zu den Sozialversicherungskassen macht es den Menschen schwerer, in
1687 ausreichendem Maße private Vorsorgelösungen für Krankheit und Alter vorzubereiten. Eine zu
1688 hohe Abgabenlast durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge ist das stärkste Hindernis für
1689 Eigenvorsorge. Die Wechselhaftigkeit vieler Erwerbsbiographien trägt dazu bei, dass Eigenvorsorge
1690 schwerer fällt, und macht es zugleich erforderlich, dass die verschiedenen Vorsorgesysteme sich
1691 flexibler an individuelle Lebensplanungen anpassen.

1692 Die Vorsorge für Lebensrisiken ist nicht nur für jeden einzelnen von existentieller Bedeutung. Auch
1693 die wirtschaftliche und politische Stabilität eines Landes hängt davon ab, dass der Staat keine
1694 trügerischen Sicherheitsversprechungen macht und dass die finanzielle Leistungskraft einer
1695 Gesellschaft nicht durch die Ausdehnung wohlfahrtsstaatlicher Ansprüche überfordert wird. Wenn
1696 sich solche Versprechungen des Staates als Finanzillusion entpuppen, kann dies zu einer
1697 grundsätzlichen Vertrauenskrise führen. Das erleben wir derzeit in mehreren Mitgliedstaaten der
1698 Europäischen Union. Auch und gerade die Demokratien müssen ein besonderes Augenmerk auf die
1699 Tragfähigkeit sozialpolitischer Leistungen und Institutionen haben.

1700

1701 **Wir haben notwendige Reformen eingefordert und unterstützt.**

1702 Deshalb haben wir in den letzten fünfzehn Jahren viele Reformschritte gefordert und unterstützt,
1703 mit denen das Rentensystem auf den demographischen Wandel eingestellt wurde. Die Einführung
1704 der Rente mit 67, die Senkung des gesetzlichen Rentenniveaus, die Dämpfung der
1705 Rentensteigerung, das Ende der massiven Frühverrentung und der Ausbau und die Förderung
1706 privater und betrieblicher Altersvorsorge waren zum Teil unpopulär, aber sie waren notwendig, um
1707 auch künftigen Generationen materielle Sicherheit im Alter zu gewährleisten.

1708

1709 **Wir müssen vermitteln, warum die Reform der Altersvorsorge keinen Aufschub** 1710 **verträgt.**

1711 Die Debatten über die Reform des Sozialstaats, die in den letzten 15 Jahren geführt wurden,
1712 machen allerdings auch klar, dass wir in der Bevölkerung noch für mehr Verständnis und Realismus
1713 werben müssen. Zum einen müssen wir deutlicher machen, dass die gesetzliche
1714 Rentenversicherung keine Form der individuellen Kapitalanlage ist, sondern ein Umlagesystem, in
1715 dem das Geld, das von Beitragszahlern eingezahlt wird, umgehend an die Rentner weitergegeben
1716 wird. Ein solches System stößt an Grenzen, wenn sich das Verhältnis von Beitragszahlern und

1717 Rentnern so dramatisch verschiebt und die Lebenswartung der heutigen Rentnergeneration so
1718 stark steigt, wie dies in Deutschland der Fall ist. Wir dürfen also nicht die Augen davor
1719 verschließen, dass heutzutage viele Menschen Beitragszahlungen leisten müssen, ohne dass
1720 wirklich geklärt ist, wer die Beitragszahlungen übernimmt, wenn diese Generation selbst in Rente
1721 geht und Leistungen beansprucht, auf die sie jahrzehntelang vertraut hat. Der vielbeschworene
1722 Generationenvertrag darf nicht zum betrügerischen Kettenbrief werden. Diese Problematik
1723 müssen wir verdeutlichen. Zu den Wahrheiten, die wir politisch vermitteln müssen, gehört zum
1724 anderen auch, dass die gesetzlichen Renten künftig nicht in der Lage sein werden, den gewohnten
1725 Lebensstandard der Menschen im Alter zu erhalten. Wer künftig im Alter seinen Lebensstandard
1726 halten will, wird das nur leisten können, wenn er rechtzeitig private Vorsorge getroffen hat.

1727

1728 **Wir lehnen Maßnahmen ab, die vom notwendigen Reformkurs abrücken.**

1729 Uns ist bewusst, dass die Rente ohne eine klare Reformperspektive nicht mehr sicher ist.
1730 Deswegen haben wir uns auch immer deutlich dagegen gewandt, Reformnotwendigkeiten zu
1731 ignorieren und das Rentensystem durch eine Ausweitung der Leistungsansprüche noch mehr zu
1732 belasten – egal, wer sie vorgeschlagen hat. Wir sehen das als unsere Verantwortung gegenüber
1733 künftigen Generationen, die für diese Leistungen auf lange Sicht zahlen müssen. Wir haben uns
1734 deshalb in den Zeiten der letzten Koalition aus Union und FDP gegen den Vorschlag zur Einführung
1735 einer beitragsfinanzierten Zuschussrente ausgesprochen. Dieser Vorschlag hätte keinen Beitrag zu
1736 Bekämpfung der Altersarmut geleistet. Er hätte das Äquivalenzprinzip zwischen Beitragszahlungen
1737 und Rentenansprüchen unterlaufen, das für ein umlagefinanziertes Rentensystem grundlegend ist.
1738 Die Sicherung vor Altersarmut ist Aufgabe der steuerfinanzierten Grundsicherung, die sich aus
1739 dem Fürsorgegebot ergibt.

1740 Wir machen auch keinen Hehl daraus, dass wir die Einführung der „Rente mit 63“, die der Preis für
1741 die Bildung der großen Koalition 2013 war, für einen grundlegenden Fehler halten. Diese auf Druck
1742 der SPD beschlossene Maßnahme stellt unvermeidlich eine erhebliche Belastung des
1743 Rentensystems dar, verschärft den Fachkräftemangel in vielen Berufen und widerspricht dem
1744 Gebot der Generationengerechtigkeit. Es war ein falsches Signal zur falschen Zeit, das uns teuer zu
1745 stehen kommen wird. Das gilt auch für die Mütterrente.

1746

1747 **Der Renteneintritt muss flexibler gestalten werden.**

1748 Das effektive Renteneintrittsalter darf nicht wieder gesenkt werden, sondern muss angesichts der
1749 deutlich gestiegenen Lebenserwartung erhöht werden. Wichtig dabei ist, dass wir den
1750 Renteneintritt flexibler gestalten, um einen gleitenden Übergang vom Erwerbsleben in den
1751 Ruhestand zu ermöglichen. Es ist ein richtiges Signal, dass die Große Koalition sich dieses Ziel zu

1752 Eigen gemacht hat: Die Einführung der Flexi-Rente im Arbeitsrecht. Seither können Arbeitgeber
1753 und Arbeitnehmer völlig frei entscheiden, ob und wie lange sie über das gesetzliche
1754 Renteneintrittsalter hinaus weiter zusammenarbeiten möchten. Bei der Beseitigung dieser ersten
1755 wichtigen Hürde für die Weiterbeschäftigung im Alter darf es indes nicht bleiben. Alle Umfragen
1756 zeigen, dass es den Menschen bei der Beschäftigung im Alter -bei aller Einsicht in die
1757 Notwendigkeit, für die Tragfähigkeit der Sozialsysteme und für die Fachkräftesicherung zu sorgen-
1758 an erster Stelle um die Würde und den Wert von Arbeit geht. Der Teilhabe-Aspekt von Arbeit, die
1759 Sinnstiftung, ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, stehen im Vordergrund. Arbeit ist heute
1760 in unserer Gesellschaft zu allererst ein Wert an sich und keine Last, von dem der Staat seine Bürger
1761 befreien will. In diesem Geist hat die MIT die Flexi-Rente initiiert und mit Nachdruck voran
1762 gebracht. Dazu gehört, nach der ersten Umsetzung im Arbeitsrecht, auch in Zukunft dafür zu
1763 kämpfen, weitere Beschäftigungshürden abzubauen. Dazu zählen insbesondere: Die
1764 sozialversicherungsrechtliche Benachteiligungen aufzuheben, im Rentenrecht die richtigen
1765 Anreize zu setzen, auch das Beamtenrecht entsprechend zu reformieren und Transparenz über die
1766 Möglichkeiten für Beschäftigung im Alter herzustellen.

1767

1768 **Wir brauchen eine Stärkung der privaten Vorsorge, um den Mix aus Kapitaldeckung** 1769 **und Umlagesystem zu verbessern.**

1770 Wir halten einen vollständigen Umstieg des Rentensystems vom Umlagesystem hin zum System
1771 der Kapitaldeckung nicht für realistisch und auch nicht finanzierbar. Wir plädieren dafür, alle
1772 Anstrengungen auf die Stärkung des 3-Säulen-Modells zu richten, das einen Mix gesetzlicher,
1773 privater und betrieblicher Vorsorge umfasst. Hierzu ist es erforderlich, gerade die Säule der
1774 privaten Vorsorge zu stärken. Die Transparenz bei sogenannten „Riester“-Produkten muss erhöht
1775 werden und deren Beantragung vereinfacht werden. Auch müssen die Angebote der „Riester“-
1776 Rente auch für Selbständige geöffnet werden, denn auch sie brauchen bei niedrigerem Einkommen
1777 bessere Anreize zur Eigenvorsorge und leichteren Zugang zu Angeboten.

1778

1779 **Keine Pflichtversicherung für Selbständige in der gesetzlichen Rentenversicherung.**

1780 Klar ist, dass auch für Selbständige das Risiko mit Blick auf die Altersvorsorge zugenommen hat.
1781 Vor allem die wachsende Zahl von Soloselbständigen verändert das herkömmliche Bild des
1782 Selbständigen. Wir lehnen jedoch die Einführung einer Pflichtversicherung für Selbständige in der
1783 gesetzlichen Rentenversicherung ab. Sofern ein Selbständiger keine Eigenvorsorge betrieben hat,
1784 fällt er heute in die Grundsicherung und erhält Leistungen, denen keine Beitragszahlungen
1785 gegenüberstehen. Dieses Problem kann aber nicht durch die Einführung einer Pflichtversicherung
1786 in der gesetzlichen Rentenversicherung gelöst werden. Das wäre ein falsches ordnungspolitisches

1787 Signal und würde die unternehmerische Freiheit der Selbständigen unverhältnismäßig
1788 einschränken. Eher als eine Pflichtversicherung ohne Wahlmöglichkeiten wäre eine
1789 Versicherungspflicht mit Wahlmöglichkeiten ein gangbarer Weg. Zu den fest verankerten
1790 Bedingungen einer solchen Lösung muss es gehören, dass jeder Selbständige eine maximale
1791 Wahlfreiheit hat, wie er für das Alter vorsorgt. Es muss Sache des Selbständigen sein, ob und in
1792 welcher Form er eine private oder eine gesetzliche Vorsorge betreibt. Zudem dürfen
1793 Existenzgründer durch eine Altersvorsorgepflicht nicht behindert werden, und es müssen lange
1794 Übergangsfristen gelten. Gleichzeitig muss für Selbständige ein Insolvenzschutz sowohl im Falle
1795 der Privatinsolvenz als auch der Unternehmensinsolvenz gelten. Hierzu müsste das
1796 Alterseinkünftegesetz entsprechend angepasst werden. Zudem muss klar sein, dass es bei der
1797 Einführung einer Altersvorsorgepflicht für Selbständige nur darum gehen kann, für ein
1798 Mindesteinkommen zur Absicherung des soziokulturellen Existenzminimums Vorsorge zu leisten.
1799 Jede Altersvorsorge, die darüber hinausgeht, soll den Selbständigen auch weiterhin selbst
1800 überlassen bleiben. Eine solche Vorsorgepflicht mit maximalen Wahlmöglichkeiten für
1801 Selbständige könnte auch als Modell für eine Flexibilisierung der sozialen Sicherung insgesamt
1802 dienen.

1803

1804 **Auch die Beamtenversorgung muss reformiert werden.**

1805 Wenn sich Selbständige und Angestellte auf schmerzhaft Reformen bei der Altersvorsorge
1806 einstellen müssen, gilt dies erst recht für Beamte. Niemand darf sich hinter den „hergebrachten
1807 Grundsätzen des Berufsbeamtentums“ verschanzen, um Reformzukunftungen auf andere
1808 abzuwälzen. Wir brauchen dringend Mechanismen im Haushaltsrecht, die dafür sorgen, dass
1809 genügend Rückstellungen für die zu erwartende Welle an Pensionsverpflichtungen gebildet
1810 werden können. Zugleich müssen wir dafür sorgen, dass diese Welle von Pensionsverpflichtungen
1811 nicht weiter ansteigt. Die sinngemäße Übertragung rentenrechtlicher Reformen auf Beamte ist ein
1812 Gebot der Gerechtigkeit. Dazu muss gehören, dass sich der Pensionsanspruch eines Beamten nicht
1813 länger an der zuletzt erreichten Besoldungsstufe orientiert, sondern an dem Niveau des im Laufe
1814 des Erwerbslebens durchschnittlich erzielten Besoldungsniveaus. Auch die Versorgungsbezüge von
1815 politischen Beamten, Ministern und Abgeordneten gehören selbstverständlich auf den Prüfstand.
1816 Es gibt keinen Grund, diese Gruppen von der Pflicht zur Wahrnehmung einer
1817 eigenverantwortlichen Altersvorsorge auszuschließen.

1818

1819

1820

1821

1822 **3.10. Zukunftsfähigkeit schaffen durch eine neue Innovationskultur**

1823

1824 **Deutschland muss seine Innovationsschwäche überwinden wollen.**

1825 Zukunftsfähigkeit ist der Maßstab für die Erneuerungskraft einer Gesellschaft. Um diese ist es in
1826 Deutschland und weiten Teilen Europas gemessen an innovativen und dynamischen Ländern wie
1827 Südkorea, Taiwan, Israel, der Schweiz, den skandinavischen Ländern oder US-Staaten wie
1828 Kalifornien jedoch nicht gut bestellt. Die Liste der Schwächesymptome ist lang. Im Bereich der
1829 Mikroelektronik finden keine bedeutenden Investitionen mehr statt, die Forschung auf dem Gebiet
1830 der Gentechnik hat sich weitgehend in die USA verlagert, nicht zuletzt sind die
1831 Innovationsleistungen der früheren Bundesbehörden Telekom und Bahn sowie der großen
1832 Energiekonzerne zu gering. In den innovationsrelevanten MINT-Fächern wächst der
1833 Fachkräftemangel an, die Zahl der High-Tech-Gründungen hat spürbar nachgelassen. Besonders
1834 anschaulich wird dies in der Informations- und Kommunikationstechnik. Sie war einst eine
1835 Schlüsselbranche der deutschen Industrie, hat aber inzwischen mangels Innovationskraft einen
1836 dramatischen Niedergang erlebt. Inzwischen werden informationstechnische Geräte nur noch
1837 importiert, eine vor wenigen Jahren noch unvorstellbare Importabhängigkeit ist in der
1838 Kommunikations- und Unterhaltungselektronik eingetreten.

1839 All dies kommt nicht von ungefähr. Das Meinungsklima ist gegenüber vielen Technologien von
1840 Ablehnung und Ängsten geprägt: Das gilt nicht nur für die Atomenergie, sondern auch für die
1841 Gentechnik oder die Nanotechnologie und neuerdings gegenüber neuen Möglichkeiten der
1842 Energiegewinnung durch „Fracking“. Eine sorgfältige Abwägung von Risiken für Umwelt und
1843 Gesundheit sowie Nutzen für Wirtschaft und Gesellschaft bei technologischen Innovationen ist
1844 uns fremd geworden. Die innovationsfeindliche Grundstimmung unseres Land unterscheidet sich
1845 deutlich von der Aufgeschlossenheit gegenüber dem technologischen Fortschritt, wie er in den
1846 Gründerjahren des späten 19. Jahrhunderts oder in den Jahren des Wiederaufbaus nach dem
1847 Zweiten Weltkrieg zu spüren war. Unsere Gesellschaft gefällt sich darin, Ängste zu schüren,
1848 manisch nach Gerechtigkeitslücken zu suchen, sich am Status quo festzuklammern und den
1849 Ressourcenverbrauch von heute der Vorsorge für die Zukunft vorzuziehen. Ein Land, das siebenmal
1850 mehr für Sozialleistungen ausgibt als für Bildung, lebt von der Substanz und investiert zu wenig
1851 Geld und zu wenig geistige Energie in die Schaffung des Wohlstands von morgen.

1852

1853 **Innovation ist eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Gesellschaft.**

1854 Zukunftsfähig zu sein verlangt eine andere Grundhaltung: Man muss dem Wandel ins Auge sehen,
1855 ihn zum eigenen Vorteil gestalten, kreativ sein, in Vorleistung gehen, weitsichtig handeln, eine
1856 attraktive Zukunftsvorstellung entwerfen und dabei möglichst viele Menschen mitnehmen. Wir

1857 brauchen keine defensive, sondern eine für Neuerungen aufgeschlossene Gesellschaft. Die
1858 Innovationsfähigkeit unseres Landes zu stärken ist eine Querschnittsaufgabe, die nicht als
1859 abgegrenztes Politikfeld verstanden werden darf, sondern die sich alle Akteure in Wirtschaft,
1860 Bildung, Kultur, Politik und Verwaltung zu Eigen machen müssen.
1861 Innovationsschwäche zu beheben und die Zukunftsfähigkeit zu verbessern lässt sich allerdings
1862 nicht politisch verordnen. Es ist eine Frage des Bewusstseins und der Aufgeschlossenheit in vielen
1863 Gruppen der Gesellschaft, die sich nicht nur an Unternehmensleitungen, sondern auch an Akteure
1864 in Bildung, Forschung, Politik und Verwaltung richtet. Dazu bedarf es an allen Stellen – von der
1865 politischen Spitze des Landes über die Chefetagen der Unternehmen bis in die Schulen,
1866 Hochschulen, Kammern und Verbände hinein einer kraftvollen Führung, die sich der Innovation als
1867 Langzeitperspektive verpflichtet und sich dieser gemeinsamen Verantwortung stellt.

1868

1869 **Der Anspruch auf Innovationsführerschaft in Schlüsseltechnologien kann nur durch**
1870 **starke Forschungs- und Wertschöpfungsverbände eingelöst werden.**

1871 Die Produktion ist der robuste Kern der deutschen Wirtschaft. Deshalb müssen wir darauf achten,
1872 dass sie als Motor für Wertschöpfung und Beschäftigung ihren im weltweiten Vergleich hohen
1873 Stellenwert behält. Das Kopieren von Innovationen aus anderen Ländern kann für ein Land wie
1874 Deutschland aus vielen Gründen kein erfolgreicher Weg sein. Wir haben den Anspruch auf
1875 Innovationsführerschaft und müssen ihn in wichtigen Technologien einlösen. Auch bei gut
1876 etablierten Technologien ist das nicht selbstverständlich, sondern es kommt darauf, dass wir diese
1877 Technologien durch digitale Anwendungen erneuern und damit auch neue Geschäftsmodelle
1878 entwickeln. Dazu muss die Wirtschaft in den vorwettbewerblichen Phasen eng zusammenarbeiten.
1879 Die neuartige Beherrschung von Prozessen aller Art und die anbrechende Konnektivität durch das
1880 „Internet der Dinge“ verlangen kreative Kooperationen im „Industriecluster Deutschland“. Auch
1881 alle Branchen des Mittelstandes – Handwerk, Einzelhandel, Freie Berufe – sind hiervon nachhaltig
1882 berührt. Deshalb sprechen wir nicht nur von „Industrie 4.0“, sondern auch von „Mittelstand 4.0“
1883 und „Wirtschaft 4.0“. Wir benötigen hier starke Impulse aus der Grundlagenforschung, für die die
1884 Wirtschaft – Großunternehmen ebenso wie der Mittelstand - Kooperationen mit Hochschulen und
1885 staatlichen Forschungseinrichtungen wie der Fraunhofer-Gesellschaft suchen muss. Die
1886 Vernetzung entlang von Wertschöpfungsketten hat sich als enormer Standortvorteil in
1887 Deutschland erwiesen. Branchencluster wirken wie Magnete auf spezialisierte Unternehmen und
1888 sind schwer kopierbar. Kapitalmarktgetriebene Unternehmen sind nicht gut beraten, wenn sie aus
1889 kurzfristigem Kostenkalkül Teile aus solchen Wertschöpfungsketten herausbrechen. Sie treiben
1890 damit eine Deindustrialisierung voran, unter der Länder wie die USA und Großbritannien schon
1891 heute erheblich leiden.

1892 **Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das Neues zulässt und zum Ausprobieren**
1893 **ermutigt.**

1894 Für eine lebendige und kreative Innovationskultur sind Unternehmensgründungen unverzichtbar.
1895 „Start-ups“ sind die Frischzellen, ohne die eine dynamische Wirtschaft nicht auskommt. Damit es
1896 zu erfolgreichen Unternehmensgründungen kommt, brauchen wir eine positive Einstellung der
1897 Gesellschaft zu Innovation und zu Lebensentwürfen jenseits einer abhängigen Beschäftigung.
1898 Schon Elternhaus und Schule, aber erst recht Ausbildungsbetriebe und Hochschulen müssen bei
1899 jungen Menschen Neugierde wecken, zum Tüfteln und Ausprobieren anregen, zur Kreativität
1900 ermuntern und dadurch Lust auf Unternehmertum wecken. Eine Gesellschaft, die Arroganz,
1901 Gleichmacherei, Neid und Missgunst signalisiert, ist dem Neuen abträglich und schreckt
1902 potentielle Gründer ab. Wir brauchen auch mehr Akzeptanz dafür, dass zum Gründen und
1903 Unternehmersein auch das Scheitern dazugehören kann und dass manche Ideen zwei oder drei
1904 Anläufe brauchen, bis sie zu einem unternehmerischen Erfolg führen. Wir brauchen ein
1905 gesellschaftliches Klima, das denjenigen ermutigt, der etwas ausprobieren will und dafür auch das
1906 Risiko des Scheiterns in Kauf nimmt. Unternehmer, die Innovationen wagen, brauchen mehr
1907 gesellschaftliche Anerkennung. Zukunftsträchtige und wissensbasierte Technologien, in denen
1908 unser Land traditionell stark ist, wie die Automobil- und Verkehrstechnik, der Maschinen- und
1909 Anlagenbau, die Analytik und Verfahrenstechnik, aber auch Chemie- und Pharmaindustrie müssen
1910 durch Innovationen und Unternehmensgründungen in Deutschland gehalten und ausgebaut
1911 werden. Stärker als in der Vergangenheit müssen wir dabei auf eine mittelständische
1912 Gründerkultur abzielen. Der Mittelstand wird zwar oft und völlig zu Recht wegen seiner großen
1913 Bandbreite an „Hidden Champions“ hervorgehoben, ist aber in weiten Teilen der Gründerszene zu
1914 wenig engagiert. Die Auf- und Abspaltung von Unternehmen, ganz grundsätzlich eine
1915 weitergehende Dezentralisierung und Verselbständigung von Unternehmenseinheiten sind ein
1916 vielversprechender Ansatz, unternehmerisches Potenzial zu entwickeln.

1917
1918 **Der Staat darf Gründer nicht durch kleinteilige Subventionsprogramme gängeln,**
1919 **sondern muss ihnen den Rücken freihalten und Hürden aus dem Weg räumen.**

1920 An immer neuen Programmen und an unablässigem Nachjustieren von bestehenden
1921 Subventionsangeboten besteht kein Mangel. Die vielen in die Jahre gekommenen Programme und
1922 Einrichtungen müssen regelmäßig auf den Prüfstand gestellt werden. Grundsätzlich sollten alle
1923 Förderprogramme von Anfang an mit einem Ablauftermin versehen werden, um einer Verkrustung
1924 von Strukturen vorzubeugen und förderpolitische Innovationen zu ermöglichen.
1925 Viel nötiger als weitere Sonderprogramme für bestimmte, vom Staat ausersehene Zwecke wäre
1926 jedoch ein allgemeiner wettbewerbsspolitischer Rahmen, der die unmittelbaren Probleme von

1927 Gründern tatsächlich adressiert. Um Hürden für eine Unternehmensgründung abzubauen, ist es
1928 notwendig, den formalen Aufwand, den der Staat, Banken und viele Zulassungsstellen
1929 Unternehmensgründern abverlangen, abzubauen. Formalismus kostet Zeit und Energie und lenkt
1930 von den eigentlichen Aufgaben eines Gründers ab. Hilfreich wäre dort, wo der Staat oder seine
1931 Unternehmen durch Hochschulen, Kliniken, Bundeswehr, Bahn, Telekom oder Post als
1932 Auftraggeber der Wirtschaft in Erscheinung tritt, eine innovationsfördernde, junge Unternehmen
1933 unterstützende Beschaffungspolitik. Erfolgreiche Erstaufträge und Referenzen aus dem Inland
1934 können jungen Unternehmen und neuen Produkten zur Marktreife verhelfen. Deshalb sollte z.B.
1935 mit der FuE-Förderung eine Verpflichtung zur Kooperation als Pilotanwender verbunden sein.

1936

1937 **Innovationen können nicht verordnet werden, sondern müssen aus dem Wettbewerb**
1938 **hervorgehen.**

1939 Innovation kann nicht staatlich organisiert werden, sondern muss sich aus den vielfältigen und
1940 unplanbaren Ideen der Akteure im Wettbewerb ergeben. Der Staat ist nicht der bessere
1941 Unternehmer, der entscheiden könnte, welche Innovationen möglich und wünschenswert sind. Er
1942 muss sich in dieser Hinsicht Selbstbeschränkung auferlegen. Für Innovationen ist schon viel
1943 gewonnen, wenn der Staat von ihm selbst verursachte Investitionshemmnisse wie langwierige
1944 Genehmigungsverfahren und Kompetenzwirrwarr beseitigt. Bürokratieabbau darf nicht nur ein
1945 politisches Schlagwort sein, sondern muss in der Realität von Unternehmern und Gründern
1946 spürbar werden. In zweiter Linie kann der Staat Rahmenbedingungen für Innovation verbessern,
1947 indem er ausreichend in das Bildungssystem investiert, es pflegt und es nicht durch immer
1948 kurzatmigere Reformdebatten und durch Hemmnisse wie z.B. eine fast ausschließlich auf
1949 befristete Arbeitsverhältnisse im akademischen Mittelbau fixierte Personalpolitik lahmlegt.
1950 Drittens kann der Staat auch dazu beitragen, eine positive Grundstimmung für
1951 Innovationsbereitschaft zu verbreiten. Schließlich muss der Staat auch unter dem Gesichtspunkt
1952 der Innovationsfähigkeit seine wettbewerbspolitische Aufgaben ernst nehmen und verlässlich
1953 erfüllen. Denn für Innovationen sind die Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs und ein
1954 ständiges Ringen um bessere Lösungen, die sich auch finanziell auszahlen, unerlässlich.
1955 Zielführend zur Unterstützung dieses Innovationswettbewerbs sind die Setzung besonders
1956 herausfordernder Ziele – wie dies in den USA etwa in Bezug auf Roboterfahrzeuge und
1957 Quantencomputer geschieht -, die breite Einbindung kreativer Kräfte von Hochschulen,
1958 Forschungseinrichtungen, großen und kleinen Unternehmen und eine meilensteinbezogene
1959 Finanzierung (Abrechnungs- und Auszahlungszeitpunkte entsprechend dem Erfüllungsgrad bei der
1960 Umsetzung der vereinbarten Ziele). Direkte Projektförderung sollte auf hochinnovative
1961 Anwendungen mit großer Breitenwirkung und auf Projekte von Forschung und Entwicklung (FuE-

1962 Projekte) mit Schlüsselcharakter beschränkt werden. Das gewucherte Förderwesen ist wieder
1963 einfacher und transparenter zu machen, nicht zuletzt damit auch kleinere Unternehmen beim
1964 Zugang zu Fördermöglichkeiten nicht benachteiligt werden. Grundsätzlich sollte dabei dem
1965 „Matching“-Prinzip der Vorzug gegeben werden, d.h. dass die Mittelvergabe an eine substantielle
1966 Eigenbeteiligung gebunden ist.

1967

1968 **Innovation verlangt mehr Investitionen in die Infrastruktur.**

1969 Die gut ausgebaute Infrastruktur Deutschlands war bislang ein wichtiger Standortfaktor für
1970 Innovationen. Allerdings müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, das Niveau der
1971 Infrastruktur aufrechtzuerhalten und dem Sanierungsbedarf, der z.B. in der Verkehrsinfrastruktur
1972 unübersehbar ist, gerecht zu werden. Um die Rahmenbedingungen für Innovationen im
1973 Wettbewerb mit anderen Ländern zu verbessern, muss das Internet Vorfahrt erhalten.
1974 Investitionen in die digitale Infrastruktur sind vielversprechend und weisen ein günstiges
1975 Verhältnis von Aufwand und Nutzen auf. Damit all dies gelingt, ist allerdings ein Umdenken bei
1976 den Staatsausgaben erforderlich: Ausgaben müssen in Richtung Investitionen zur
1977 Zukunftssicherung, also in Forschung und Entwicklung, umgeschichtet werden. Das muss auch
1978 haushaltsrechtlich im Investitionsbegriff klar gestellt werden, damit nicht konsumtive
1979 Sozialausgaben als Investition deklariert und damit die mangelnde Tragfähigkeit der
1980 Staatstätigkeit verschleiert wird. Grundsätzlich müssen wir die Fixierung der Politik auf
1981 Gegenwartsaufgaben überwinden und den Blick auf Zukunftsaufgaben richten.

1982

1983 **Wir brauchen einen Bewusstseinswandel für mehr Zukunftsorientierung.**

1984 Nötig ist ein umfassender Bewusstseinswandel, aus dem gemeinsame Anstrengungen für eine
1985 höhere Zukunftsfähigkeit hervorgehen können. Innovationen gedeihen nur in einer Gesellschaft,
1986 die Chancen ergreift und Wagemut belohnt, aber nicht in einer Gesellschaft, die sich auf
1987 Risikovermeidung und Wahrung des Status quo beschränkt. Nur eine Gesellschaft, die sich der
1988 Zukunft zuwendet, schafft ausreichend Raum, Gelegenheit und Ansporn für Innovationen. Die
1989 Dynamik der Digitalisierung hat die Möglichkeiten in einem ungeahnten Maße erweitert. Andere
1990 Länder haben diese Möglichkeiten beherzter als wir ergriffen. Für eine rasch alternde Gesellschaft
1991 wie Deutschland ist dies eine Herausforderung, wie sie sich seit der Industrialisierung nicht mehr
1992 gestellt hat. Umso mehr müssen wir uns dafür ins Zeug legen, dass die jungen Generationen von
1993 der Mehrheitsgesellschaft der Alten unterstützt werden. Wir brauchen eine Solidarität zwischen
1994 den Generationen, die nicht auf eine Ausbeutung der jungen Minderheit durch die alte Mehrheit
1995 hinausläuft, sondern die Zukunftsfähigkeit schafft.

1996

1997 **Kapitel 4**

1998

1999 **Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsmodell für das 21.**
2000 **Jahrhundert**

2001

2002 **Wir erneuern die Soziale Marktwirtschaft für das 21. Jahrhundert!**

2003 Mit unserem Grundsatzprogramm leisten wir einen Beitrag zur Erneuerung der Sozialen
2004 Marktwirtschaft. Sie hat Deutschland im 20. Jahrhundert Freiheit, Wohlstand und Sicherheit
2005 beschert und einen großen Anteil daran, dass sich als Alternative zu den totalitären Regimen des
2006 Nationalsozialismus und des Kommunismus eine freiheitliche Demokratie durchsetzen und
2007 behaupten konnte. Nach dem Ende des Kalten Krieges war der Optimismus zunächst groß, dass
2008 Freiheit und Demokratie ihren endgültigen Durchbruch erreicht hätten. Inzwischen haben wir aber
2009 erfahren müssen, dass das 21. Jahrhundert nicht nur großartige Chancen und Perspektiven,
2010 sondern auch gewaltige Herausforderungen und Gefahren für uns bereithält - sei es in Fragen der
2011 inneren und äußeren Sicherheitspolitik, der internationalen Wirtschaftspolitik, der
2012 Entwicklungspolitik oder nicht zuletzt der Umweltpolitik.

2013

2014 **Herausforderung und Verantwortung im 21. Jahrhundert.**

2015 Im Wettbewerb mit anderen politischen und wirtschaftlichen Ordnungen müssen wir uns
2016 behaupten und den Beweis dafür erbringen, dass Freiheit und Soziale Marktwirtschaft autoritären
2017 Systemen aller Spielarten überlegen sind. Wir müssen ein attraktives Vorbild für andere sein, ohne
2018 dass wir mit missionarischem Eifer unsere Werte aufdrängen. Deutschland hat dafür als großes
2019 Land in der Mitte Europas eine besondere Verantwortung. Es muss durch eigenes Vorbild in der
2020 inneren Wirtschafts- und Sozialpolitik überzeugen, es muss als kooperative und sensible
2021 Führungsmacht in der Europäischen Union für eine ordnungspolitisch vernünftige
2022 Integrationsperspektive werben, und es muss Verantwortung für eine Vermittlerfunktion zwischen
2023 Osteuropäern und Westeuropäern, aber auch zwischen den Europäern insgesamt und den USA
2024 übernehmen.

2025

2026 **Wir bieten Visionen für das 21. Jahrhundert.**

2027 Wir sind davon überzeugt, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft besser als jedes andere
2028 gesellschafts-, wirtschafts- und sozialpolitische Konzept in der Lage ist, die Herausforderungen
2029 unserer Gegenwart und Zukunft zu meistern. Dafür brauchen wir Klarheit über unsere Werte und

2030 Ordnungsvorstellungen, dafür brauchen wir Klarheit über unsere Interessen und Ziele, die dem
2031 Schutz einer offenen Gesellschaft und einer freiheitlichen und sicheren Weltordnung dienen.
2032 Dieses Grundsatzprogramm schafft diese Klarheit.

2033

2034 Wir sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, für eine Gesellschaft zu werben, die die Würde und
2035 Autonomie des Einzelnen zu ihrem Maßstab macht. Dass es sich lohnt, sich für Regeln und
2036 Institutionen einzusetzen, die für die Menschen überschaubar, verständlich und erlebbar sind und
2037 in denen eine Kultur der Freiheit und Verantwortung gedeiht. Aus der Autonomie des Einzelnen
2038 und der Vielfalt seiner Lebenszusammenhänge erwachsen Kreativität und Wettbewerb, so dass
2039 jeder auf seine Weise sein von ihm selbst bestimmtes Glück finden kann. Das ist unsere
2040 Vorstellung von einer offenen Gesellschaft, die sich von all denen unterscheidet, die dem Staat
2041 zutrauen, das Glück jedes Einzelnen definieren und zuteilen zu können.

2042

2043 Wir haben die Vision einer Gesellschaft, die den Wert von Freiheit als Grundlage des
2044 menschenwürdigen Daseins und des Wirtschaftens erkennt und schätzt. Sie ist bereit, sich gegen
2045 innere und äußere Feinde zu verteidigen. Wir haben die Vision einer Gesellschaft, in der
2046 diejenigen, die sich in besonderem Maße für die Belange der Gemeinschaft und für deren Bestand
2047 und Sicherheit einsetzen, in hohem Maße allgemeine Wertschätzung und Anerkennung genießen.

2048

2049 Wir haben die Vision einer Gesellschaft, in der die Fleißigen und Erfolgreichen, die Arbeitenden
2050 und die Leistungsträger respektiert und geachtet werden, weil sie einen wesentlichen Beitrag zum
2051 Funktionieren der Gesellschaft und zum Bestand und Ausbau unseres Wohlstandes leisten.
2052 Gleichzeitig wünschen wir uns eine Gesellschaft, die den Schwachen und Hilfebedürftigen zur
2053 Seite steht, wenn und soweit dies für ein menschenwürdiges Leben in unserer Gesellschaft
2054 notwendig ist.

2055

2056 Wir haben die Vision eines Landes, in dem der Staat sorgsam mit dem Geld der Bürger umgeht und
2057 in dem wir alle die Verantwortung für unsere Umwelt und für die Vorsorge gegen Lebensrisiken
2058 übernehmen.

2059

2060 Wir haben die Vision von Bürgern, die erkennen, wenn die gemeinschaftlichen Interessen der
2061 Gesellschaft wichtiger sind als die konkreten Eigeninteressen, und die bereit sind, im Einzelfall ihr
2062 Eigeninteresse hinter dem Gemeininteresse zurücktreten zu lassen. Wir wünschen uns Bürger, die
2063 ihr Leben in Freiheit und Eigenverantwortung entfalten und die zugleich Verantwortung für andere
2064 übernehmen. Kurz: Wir haben die Vision einer kreativen und offenen Gesellschaft mit Gemeinsinn!

2065 Wir haben die Vision einer Gesellschaft, die innovativ und fortschrittlich ist und die neue
2066 Entwicklungen begrüßt und positiv und kritisch begleitet, ohne dabei den Schutz der natürlichen
2067 Lebensgrundlagen und die Erhaltung des Bewährten außer Acht zu lassen. Wir wünschen uns
2068 hierzu hervorragende Rahmenbedingungen für Unternehmer, Investoren, Gründer und für all
2069 diejenigen, die sich in Unternehmen als Mitarbeiter engagieren. Deutschland muss allen jungen
2070 Menschen den Weg bereiten, über hervorragende Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten ihre
2071 Begabungen entfalten und ein Leben in Selbstbestimmung und Selbstverantwortung führen zu
2072 können.

2073

2074 Wir haben die Vision einer gastfreundlichen Gesellschaft, in der jene willkommen und zugehörig
2075 sind, die nach den Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Verantwortung leben wollen. Wir haben
2076 die Vision, dass die Gesellschaft fähig ist, Asylsuchenden und Flüchtlingen echte Hilfe zu
2077 gewähren. Wir müssen dazu den Mut haben zu unterscheiden, wer in unserer Mitte willkommen
2078 und integrationswillig ist, wer auf unsere Hilfe angewiesen ist, wer für unsere Gesellschaft
2079 gefährlich ist oder wer unsere Errungenschaften nur auszunutzen bestrebt ist.

2080

2081 Wir haben die Vision eines Europas, das in den großen Fragen von Wirtschaft und Währung
2082 gemeinsamen Spielregeln des Binnenmarktes und der Geldwertstabilität folgt und in Fragen der
2083 Sicherheit und Verteidigung eng und solidarisch zusammenarbeitet. Wir wünschen uns gleichzeitig
2084 ein Europa, das nach dem Prinzip der Subsidiarität und getreu seinem offiziellen Motto: "In Vielfalt
2085 geeint" die Unterschiede der Nationen und Regionen achtet und als Reichtum empfindet und
2086 einen Wettbewerb der Systeme um bessere Lösungen zulässt.

2087 Wir haben die Vision von Bürgern, die stolze und aktive Angehörige ihrer Gemeinden, Regionen
2088 und Nationen und die gleichzeitig stolze und aktive Europäer sind.

2089

2090 Wir haben die Vision eines Europas, das gemeinsam mit den anderen demokratischen Staaten
2091 dieser Welt wichtige Werte teilt und auf dieser Grundlage bereit und fähig ist, gemeinsame
2092 Interessen zu definieren und zu vertreten.

2093

2094 Wir haben schließlich die Vision, dass Deutschland das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft aktiv
2095 in den Wettbewerb der Ordnungsmodelle auf europäischer und globaler Ebene einbringt und sich
2096 das Konzept durch seine Vorteile durchsetzt. Wohlstand für alle ist möglich – nicht nur in
2097 Deutschland!

2098